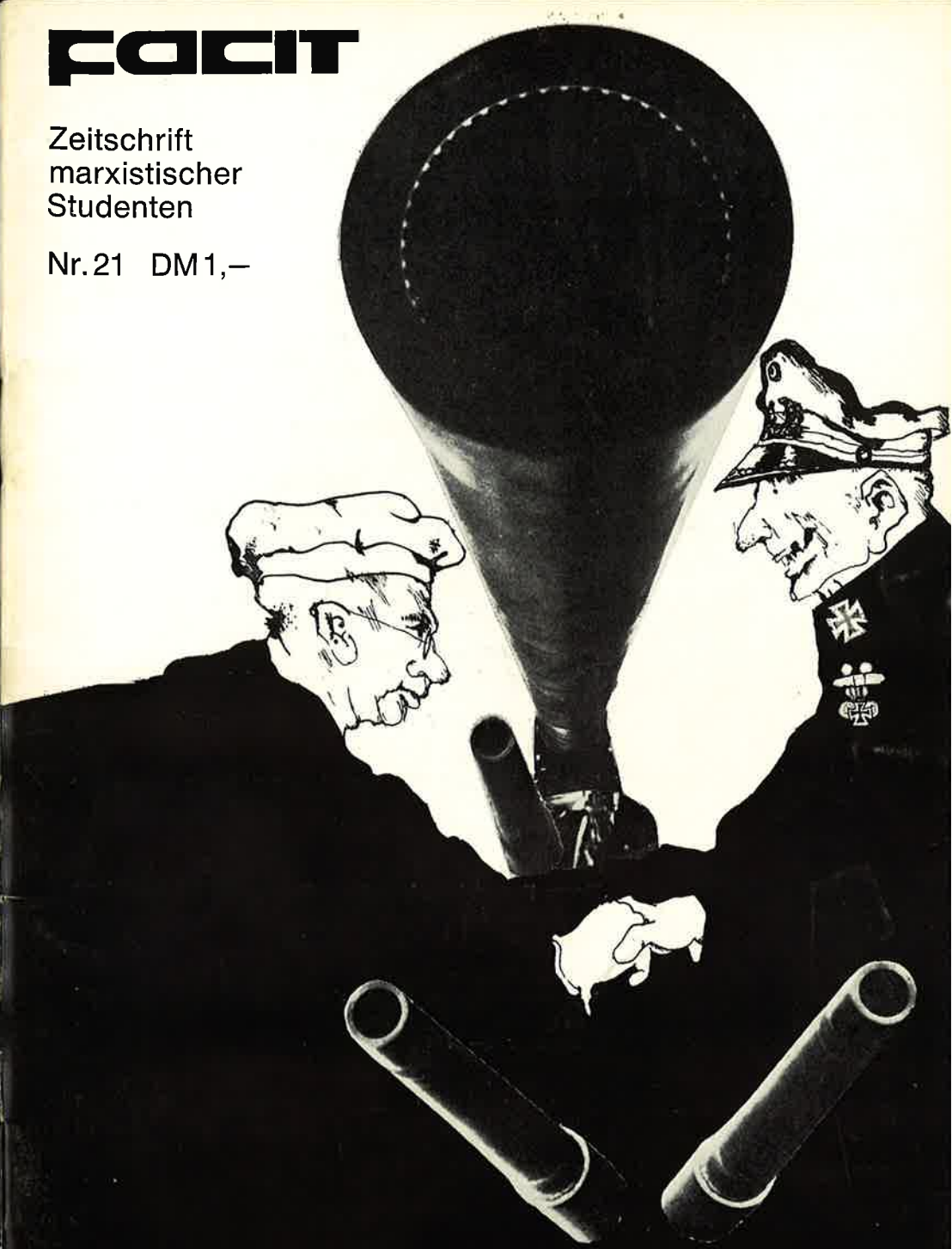
FACIT

Zeitschrift
marxistischer
Studenten

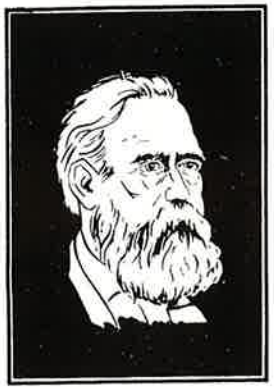
Nr. 21 DM 1,–



SCHULE DER NATION

KRIEGSFORSCHUNG

ENGELS



FRIEDRICH ENGELS
28. 11. 1820 — 5. 8. 1895

Friedrich Engels
Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie
Broschiert –,60 M

Friedrich Engels
Biographische Skizzen
Ganzleinen 5,– M

Friedrich Engels
Der deutsche Bauernkrieg
Kunstleder 3,50 M

Friedrich Engels
Grundsätze des Kommunismus
Broschiert –,70 M

Friedrich Engels
Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen
Broschiert –,40 M

Friedrich Engels
Die Rolle der Gewalt in der Geschichte
Kunstleder 4,– M

Karl Marx / Friedrich Engels
Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung
Band I - Kunstleder 12,– M
Band II - Kunstleder 12,– M

Friedrich Engels
Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
Broschiert 1,– M

Friedrich Engels
Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring)
Kunstleder 4,80 M

Friedrich Engels
Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats
Kunstleder 4,– M

Brücken-Verlag GmbH

4 Düsseldorf - Postfach 1928

Inhalt

		Seite
Walter Hollitscher	Aneignung der Natur und Natur der Aneignung	3
F. W. Plesken	Zur Literatur über den Naturdialektik-Streit	6
E. J. Hobsbawm	Lenin und die „Arbeiteraristokratie“	9
Robert Steigerwald	Brief an einen Genossen Studenten	14
Paul Schäfer	Hochschulrahmengesetz — Baustein staatsmonopolistischer Formierung	20
Michael Maercks	Die Bundeswehrschule — Schule der Nation — Geistige Militarisierung in Westdeutschland	25
Fred Schmid	Friedensforschung als Kriegsforschung	34
Chr. K. Kievenheim	Spätkapitalismus ohne Perspektive	40

Dezember 1970

Impressum
facit — Zeitschrift marxistischer Studenten
Herausgeber: Christof K. Kievenheim (Marburg), Herbert Lederer (Essen), Mira Maase, Fred Schmid (München), Michael Maercks, Christoph Strawe (Bonn), Michael Kohnen, Peter Schöttler (Bochum), Elisabeth Bessau, Werner Loch (Köln)
Redaktion: Elisabeth Bessau, Gerhard Bessau, Christof K. Kievenheim, Michael Kohnen, Werner Loch, Michael Maercks, Peter Schöttler, Christoph Strawe (verantwortlich)
Anschrift für Anzeigen und Redaktion: Werner Loch, 5 Köln 1, Breite Straße 141-143
Konto: Werner Loch (Sonderkonto F.), 5 Köln 1, Breite Straße 141-143, Postscheckkonto Köln: 1420 25
Einzelheft 1,– DM, Jahresabonnement = 5 Hefte 5,– DM einschließlich Zustellgebühr
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber und der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.
Vertrieb: Werbe- und Literatur-Vertriebs-GmbH, 235 Neumünster, Wendenstr. 4 a, Postfach 470.
Druck: Plambeck & Co, Neumünster

Neu bei Pahl-Rugenstein

Hans Karl Rupp

Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer

Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den 50er Jahren
331 S., glanzkt., DM 22,50
Dem Autor waren Parteien-, Verbands- und Privatarchive zugänglich; weiter befragte er die Mehrzahl der noch lebenden, in dieser Bewegung führenden Persönlichkeiten und wertete eine Fülle zeitgenössischer Presseberichte aus.

Hanno Möbius

Arbeiterliteratur in der BRD

Eine Analyse von Industriereportagen und Reportageromanen: Christian Geissler, Max von der Grün und Günter Wallraff.
150 S., glanzkt., DM 12,–

Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung

Handbuch, hersg. v. W. Berthold/G. Lozek
566 S., Ln., DM 28,–

Ingrid Langer-El Sayed

Frau und Illustrierte im Kapitalismus

ca. 400 S., glanzkt., DM 14,80

Mitbestimmung als Kampfaufgabe

Hrsg. vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) Frankfurt/M.
ca. 400 S., glanzkt., DM ca. 10,80
Kernstück der Untersuchung ist eine soziologische Untersuchung in jeweils einem Konzerngroßbetrieb der Chemie-, der Automobil- und Stahlindustrie. Weitere Abschnitte behandeln:
– Strömungen im DGB
– Unternehmer und Parteien
– Marxistische Konzeption
– Strategien der Arbeiterbewegung

Die Septemberstreiks 1969

Darstellung – Analyse – Dokumente
Hrsg. vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/M.,
408 S., glanzkt., DM 11,80

KLEINE BIBLIOTHEK

4 Günter Rose
Konvergenz der Systeme Legende und Wirklichkeit
214 S., engl. br., DM 9,80

5 Wilhelm R. Beyer
Vier Kritiken: Heidegger, Adorno, Sartre, Lukács
232 S., engl. br., DM 9,80

6 Hans-Dieter Bamberg
Militärseelsorge in der Bundeswehr
304 S., engl. br., DM 9,80

7 Hassan Nazari
Der ökonomische und politische Kampf um das iranische Erdöl
ca. 200 S., engl. br., DM 9,80

8 Rainer Rilling
Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft
312 S., engl. br., DM 9,80

9 Kenneth M. Lewan
Der Nahostkrieg in der westdeutschen Presse
180 S., engl. br., DM 9,80

10 Dieter Kramer
Reform und Revolution bei Marx und Engels
ca. 200 S., engl. br., DM 9,80

Aneignung der Natur und Natur der Aneignung

Walter Hollitscher

Die Aneignung der Natur durch den Menschen ist die, wenngleich qualitativ abgehobene gesellschaftliche Fortsetzung der natürlichen Aneignung der Umwelt durch die vormenschlichen Lebewesen.

Diese leben, indem sie sich Stoffe und Energien einverleiben, indem sie aus der Umwelt stammende Informationen verinnerlichen. Durch Stoff- und Energiewechsel beziehungsweise Informationsaufnahme und -verarbeitung wird ihnen Äußeres zu Innerem, machen sie sich ihnen zuvor Fremdes zu eigen. Dergestalt eignen sich vormenschliche Lebewesen, ihrer ererbten Natur entsprechend, an, was sie von ihrer Umwelt brauchen.

Obwohl ihr Aneignungsverhalten auf ererbten Anlagen beruht, ist es jedoch keineswegs in allem erbstarr: die Aneignung von zuvor Übergangenem kann erlernt, neue Aneignungsformen können erworben werden – von verhältnismäßig niedrigstehenden Lebewesen bis zu den höchsten vormenschlichen, den Menschenaffen, die zu „parakulturellem Verhalten" fähig sind, zum Beispiel zur Neuentwicklung von Nahrungsvorlieben, die, von einem Individuum begonnen, sich alsbald den Artgenossen seines Rudels mitteilen. Daß dies ein Naturprozeß ist, dürfte kaum bestritten werden, obgleich hierbei – vom höheren Niveau aus betrachtet – im Äffischen Ansätze zum Menschlichen erkennbar werden.

Auch die Unterscheidung von Umwelt und eigenem Ich findet bereits im vormenschlichen Bereich ihre Vorstufe, so daß höhere Tiere des eigenen Aneignungsverhaltens gewahr werden können – wenngleich offenbar nicht begrifflich.

So lernt ein vor kurzem geborenes Gorillakind „seine eigenen Körperteile gleichsam im Abtasten von einem „Außer-ihm" unterscheiden ... Berührt es mit der Hand den eigenen Körper, so empfängt es von der Hand und der berührten Körperstelle zugleich Meldung, berührt es dagegen seine Mutter, so nur von der Hand ... So lernt es mit seinen Händen und z. T. auch mit den Füßen seine eigene Gestalt ‚erfassen' (E. M. Lang, R. Scheukel, E. Siegrist, „Gorilla, Mutter und Kind", Basel 1965, Basilius Presse, S. 17 f.)

Zur Ausbildung kommt dermaßen, was in der Menschen-Neurologie das „Körperschema" genannt wurde, das Vorstellungsbild also vom eigenen Körper, welches bei bestimmten Verletzungen gestört, ja zerstört werden kann. Beim Menschen bilden sich, im Zuge des bei ihm in der Menschengemeinschaft spontan zur Entfaltung kommenden sprachlichen Vermögens der begrifflichen Widerspiegelung, zur Ich-Vorstellung noch der Ich-Begriff.

Die von nicht hinlänglich kritischen Philosophen oftmals mit Anspruch auf Evidenz ihrer inneren Wahrnehmung als „gegeben" bezeichnete Unterscheidung von Ich und Nicht-Ich ist somit praktisch-empirisch erworben und zwar mühsam. Was zum Ich, zum eigenen Selbst gehört und ihm ohne fremdes Dazutun verfügbar ist, muß erfahren, muß erlernt werden.

Seit Jüngstem ist bekannt, daß, von Menschen beeinflußt und unterrichtet, Schimpansen lernen können, ihr Spiegelbild als das ihrer selbst, als das eigene zu erkennen (G. Gallup, Tulane-Universität, „Science" 1970); beziehungsweise daß ein Schimpansenkind neben anderen Begriffen auch das Wort „Ich" in der ihm beigebrachten gestischen Taubstummensprache bedeutungsgerecht zu verwenden lernen kann (R. A. Gardner, B. T. Gardner, „Science", Bd. 165, 1969, S. 669, 672). Es wußte also zu sagen, was es sich aneignen wollte: Nahrung, Trank, Aufmerksamkeit der Umgebung.

Auf der menschlich gesellschaftlichen Stufe des Lebens erfolgt die Aneignung der Natur aus eigenem Vermögen arbeitsam und bewußt. Allerdings kommt es auch dazu nur über „Vermittlungen", in Hegels Begriff dieses Wortes. Dem bewußten Arbeiten ging das halbinstinktive und instinktive, der vollsprachlichen Widerspiegelung der Gebrauch sich allmählich artikulierenden Vorstellungs- und Lautmaterials voraus.

Wer hier die Vermittlungen übersieht, die inhaltlich determinierte Entwicklungsbahn der Negation der Negation wird dann angesichts der selbstverschuldeten schroffen Gegenüberstellung von Tier und Mensch, von Naturwesen und Kulturwesen, nicht selten zur Mystifizierung verführt: zur Behauptung etwa, der Mensch sei „ein Doppelwesen" aus „Natur und Widernatur", wie Ernst Fischer erklärt („Auf den Spuren der Wirklichkeit", Rowohlt, 1968, S. 212).

Marx und Engels hingegen begriffen die menschliche Existenzweise als in ihrem Wesen auf dem arbeitsamen Stoffwechsel und Energieaustausch zwischen Mensch und Natur beruhend, wodurch erst der gesellschaftsstiftende Tätigkeits- und Güteraustausch zwischen Mensch und Mensch möglich wird. Dem Marxismus offenbart sich demnach die Naturgeschichte des Aneignungsprozesses als Voraussetzung und Bedingung der spezifisch menschlichen Naturaneignung.

Die objektive Entwicklungsdialektik der Natur ist somit auch hierin der umfassende Rahmen, in dem die objektive Dialektik der Gesellschaftsentwicklung als deren durchaus natürliche Fortsetzung allein verstanden und subjektiv zu parteiergreifender Aktivität ausgenützt werden kann. Wer die objektive Dialektik der Natur leugnet, vermag nicht Rechenschaft davon zu geben, wie menschliche Naturbeherrschung gelingen könnte. Der Natur- wie der Gesellschaftsprozeß wird bei solcher Leugnung der Naturdialektik in gleicher Weise philosophisch unbegreifbar.

Hegel hatte die vermittelnde Funktion der werkzeugbewehrten Arbeit für die Herrschaft des Menschen über die äußere Natur tief aufgefaßt. Wenn manche Marxismuskritiker — Ernst Fischer befindet sich auch unter ihnen — den sozialistischen Staaten der Gegenwart vorwerfen, sie sähen in der Produktion einen Selbstzweck, so wäre Marxens Erwiderung auf solchen Einwand durchaus durch Hegel beigepflichtet worden. Marx hatte geschrieben: „Wollte man behaupten, wie es sentimentale Gegner Ricardos getan haben, daß die Produktion nicht als solche der Zweck sei, so vergißt man, daß Produktion um der Produktion halber nichts heißt als Entwicklung der menschlichen Produktionskräfte, also Entwicklung des Reichtums der menschlichen Natur als Selbstzweck." (Theorien über den Mehrwert", Dietz, Berlin, 1959, 2. Teil, S. 106 f.)

Im „Kapital" sagt Marx: „Indem (der Mensch) ... auf die Natur außer ihm einwirkt und sie verändert, verändert er zugleich seine eigene Natur. Er entwickelt die in ihr schlummernden Potenzen ..." („Werke", Bd. 23, S. 192).

Wird die Naturerkenntnis einer Epoche gekennzeichnet, so spiegelt sich in dem, was von der Natur theoretisch, praktisch, künstlerisch angeeignet wird, auch der Entwicklungsstand der Produktionskräfte der Aneignenden: der Grad, bis zu dem sie, sich der Natur bemächtigend, die schöpferischen Kräfte zur Herausarbeitung brachten und bringen.

Diesen Gedanken zur idealistischen These aufzublähen, derzufolge „nur die angeeignete, begriffene, vermenschlichte Natur, das durch den Menschen gestaltete Chaos ... Wirklichkeit" ist — wie Ernst Fischer formulierte (a. a. O., S. 64) — heißt durch Mystifizierung des Aneignugsprozesses den Materialismus selbst aufgeben! Nur das Wirkliche, das außerbewußt und bewußtseinsunabhängig existierend auf den Menschen wirkt, kann in realitätsgerechter Weise angeeignet werden. Die bewußte Widerspiegelung der Wirklichkeit ist die Voraussetzung der bewußten Einwirkung auf sie.

Die These der „Frankfurter Schule", daß sich die Dialektik bei Marx nur auf Geschichte und Gesellschaft beziehe, daß, wie Jürgen Habermas formulierte, „eine Dialektik der Natur unabhängig von gesellschaftlichen Bewegungen überhaupt undenkbar ist" („Theorie und Praxis", Neuwied, 1963, S. 270), steht in krassem, absurdem Widerspruch nicht nur zum marxistischen Naturbild, sondern auch zum Menschenbild des Marxismus. Ist doch das Kulturwesen des Menschen unerklärbar, wenn unbeachtet bleibt, aus welchen Naturwesen er hervorgegangen ist und unter welchen Naturbedingungen.

Die Leugnung der Naturdialektik als Teil der Marx'schen Philosophie beruft sich gerne auf den Satz aus den „Ökonomisch-philosophischen Manuskripten" des jungen Marx, der lautet: „Aber auch die Natur abstrakt genommen, für sich, in der Trennung vom Menschen fixiert, ist für den Menschen nichts" (Marx/Engels, „Werke", Ergänzungsband, 1. Teil, Berlin, 1968, S. 303). Jedoch diese Stelle referiert — wie Georg Mende bereits 1967 ausführte (Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 10. Jahrgang, Heft 10, S. 1227) — einen Gedanken Hegels, von dem sich Marx in diesem Zusammenhang, Hegel einen „abstrakten Denker" nennend, kritisch distanziert!

Marxens Auffassungen über die Natur und ihre objektive Dialektik wurden gemeinsam mit Friedrich Engels ausgearbeitet, dem in der Arbeitsteilung der Freunde die publizistische Darlegung philosophischer Themen vornehmlich zufiel — so im „Anti-Dühring", zu dessen Abfassung Marx drängte (aus Parteigründen, versteht sich), im Fragment „Dialektik der Natur" und in anderen Schriften.

Entgegen den tedenziösen Gerüchten, die Jean-Paul Sartre, die „Frankfurter" und andere verbreiten (natürlich schloß sich Ernst Fischer auch ihnen an, wobei er von der Naturdialektik leichthin erklärt, sie sei „nie der am tiefsten durchdachte, wissenschaftlich am besten fundierte Teil der marxistischen Philosophie" gewesen — a. a. O., S. 52), hat sich auch Marx — wie neuerdings K. Reiprich eindrucksvoll darlegte — bis zu seinen letzten Lebensjahren mit Naturwissenschaften beschäftigt und Engels oftmals auch hierin angeregt.

Marx las Schriften und voluminöse Werke über Physik, Astronomie, Geologie, Biologie und Klimatologie, er hinterließ darüber neben Briefstellen auch Exzerpte, Notizen, Ausführungen. Mit Engels vertrat Marx die Universalität der dialektischen Gesetze, also ihre Gültigkeit für den Natur- wie den Gesellschaftsbereich. Wer sich mit der Art der Zusammenarbeit, der Vorbehaltlosigkeit wechselseitigen Meinungsaustausches zwischen Marx und Engels vertraut macht, muß die Vorstellung zurückweisen, daß Marx, der am „Anti-Dühring" mitarbeitete und dem Engels den gesamten Text vorlas, grundlegende Kritik nicht geäußert hätte, wo er dem Freunde doch selbst untergeordnete Bedenken mitzuteilen gewohnt war.

Kurz: die Ablehnung der Dialektik in der Natur ist eine Facette der Marxismus-Revision, des heutigen wie ehemaligen Revisionismus, von Eduard Bernstein bis zu dessen „modernen" Epigonen. Von welcher Uniformiertheit und Voreingenommenheit zeugt es etwa, wenn Benedikt Kautsky behauptet, „die modernen Entwicklungsvorgänge in der Philosophie und den Naturwissenschaften hätten „den Anschauungen, wie sie etwa Engels in seinem ‚Anti-Dühring' oder in seiner Naturdialektik äußert, die Grundlage entzogen" („Zur Programmatik des Sozialismus in der Gegenwart" in: „Die neue Gesellschaft", Heft 1, S. 24). Das Gegenteil gilt: „Die Natur ist die Probe auf die Dialektik" (Marx/Engels, „Werke", Bd. 19, S. 205). Im Prozeß der menschlich-bewußten Naturaneignung muß daher der objektiven Dialektik der Natur eine subjektive Dialektik des wissenschaftlichen Arbeitens entsprechen, welches, frei von jeglicher Borniertheit, in kritischer Weise den Zusammenhängen und Widersprüchen der Naturobjekte- und prozesse gerecht wird. Selbst die spontane, einzelwissenschaftliche und technische moderne Naturaneignung verfährt längst dialektisch, die Forschung drängt und treibt sie zur Dialektik, selbst dort, wo klassenmäßig-ideologische Voreingenommenheit die weltanschaulich-philosophische Verallgemeinerung der dialektischen Aneignungserfahrungen nicht fördern, sondern hemmen.

Lenin hatte in seinem Fragment „Zur Frage der Dialektik" („Werke", Bd. 38, S. 343) notiert, daß es zu zeigen gelte, „daß der gesamten menschlichen Erkenntnis überhaupt die Dialektik eigen ist. Die Naturwissenschaft aber zeigt uns ... die objektive Natur mit denselben Eigenschaften, Verwandlung des Einzelnen in das Allgemeine, des Zufälligen in das Notwendige, die Übergänge, das Überfließen, den wechselseitigen Zusammenhang der Gegensätze. Die Dialektik ist eben die Erkenntnistheorie (Hegels und) des Marxismus."

Ohne solche Dialektik kann die Aneignung der Natur nicht erreicht, die Natur der Aneignung nicht begriffen werden.

FACIT abonnieren!

Ein Abonnement (= 5 Hefte) 5,— DM ohne Portokosten

Zur Literatur über den Naturdialektik-Streit

F. W. Plesken

Die These vom angeblich fundamentalen Gegensatz in den theoretischen Konzeptionen von Marx und Engels ist nicht mehr ganz neu. Durch die fadenscheinige Hülle immer neuer Anläufe zur Konstruktion von Widersprüchen zwischen den Begründern der materialistischen Dialektik schimmert seit je kaum verkennbar die imperialistische Taktik des ‚divide et impera'. Nach dem Motto: Je jünger der Marx desto menschlicher das Antlitz wird dieser zumeist als ‚Praxis'-Revisionist präsentiert, während Engels als „Vulgärpositivist" und „didaktischer Vereinfacher" den gesammelten Zorn der idealistischen Marxismusfälschung auf sich lädt — vom Neolinkshegelianismus der „Frankfurter Schule" über den französischen Existentialismus und die Klerikalideologie der Herren Wetter und Bochénski bis zur post- (bzw. prä-)faschistischen Heidegger-Exegese. Während in Fragen der politischen Taktik und der Staatstheorie der Reformismus sich bereits im 19. Jh. mit Vorliebe auf eklektisch gefälschte Texte von Engels zu berufen versuchte, hat er andererseits gegen den erkenntnistheoretisch-materialistischen und dialektisch-monistischen Ansatz der marxistischen Philosophie, dessen Ausarbeitung bei der zwischen Marx und Engels bestehenden Forschungsteilung in das Gebiet des letzteren fiel, polemisieren müssen, da gerade dieser der idealistischen Uminterpretation in Bernsteinianismus, ‚Praxis'-Ideologie bzw. ‚Kritische Theorie' entgegenstand.

Kurt Reiprich hat mit seiner Untersuchung über „Die philosophisch-naturwissenschaftlichen Arbeiten von Karl Marx und Friedrich Engels" (Berlin 1969) der Legende von der „grundlegenden theoretischen Differenz" beider den Nährboden entzogen.

Die existentialistische und neolinkshegelianische Leugnung der Naturdialektik beruft sich meist auf eine Anmerkung von *Georg Lukacs* in „Geschichte und Klassenbewußtsein" (Berlin 1923), der „Wechselwirkung von Subjekt und Objekt, Einheit von Theorie und Praxis, geschichtliche Veränderung des Substrats der Kategorien als Grundlage ihrer Veränderung im Denken etc." als „die entscheidenden Bestimmungen der Dialektik" behauptet, die „in der Naturerkenntnis nicht vorhanden" seien (a. a. O., S. 17). Daß er zugleich die Verfahrensweise der Naturwissenschaften als per se positivistisch auslegt, als „das methodische Ideal jeder Reflexionswissenschaft und jedes Revisionismus" — wenngleich nicht seines eigenen — denunziert (S. 23), zeugt nicht gerade von nennenswerter naturwissenschaftlicher Bildung, erleichtert ihm aber die „Beweisführung" und sichert ihm den Applaus der ‚geisteswissenschaftlichen' Gralshüter einer angeblich gesellschaftsimmanenten Dialektik. Seine Vorstellung, Engels habe „—dem falschen Beispiel Hegels folgend — die dialektische Methode auch auf die Erkenntnis der Natur" ausgedehnt (S. 17), ist insofern sehr merkwürdig, als es gerade für Hegel überhaupt keine Dialektik der Natur gibt. Denn die Natur als „die Idee in der Form des *Andersseins*" hat gerade das „Außer-sich-Sein", die pure „Äußerlichkeit" zu ihrer wesentlichen Bestimmung (Enzyklopädie, § 247). Ihre „Unterschiede" fallen „auseinander", Höherentwicklung findet nicht statt. „Solcher nebuloser, im Grunde sinnlicher" (!) „Vorstellungen, wie es insbesondere das sogenannte *Hervorgehen* z. B. der Pflanzen und Tiere aus dem Wasser und dann das *Hervorgehen* der entwickelteren Tierorganisationen aus den niedrigeren usw. ist, muß sich die denkende Betrachtung entschlagen" (a. a. O., § 249).

Nun hat zwar Lukacs mehrfach unmißverständlich seine falschen Auffassungen selbst kritisiert (vgl. Z. B. in: „Es geht um den Realismus" sowie: „Mein Weg zu Marx"), aber das hindert die gegenwärtige Marxismusfälschung nicht, diese Thesen bis zum Erbrechen immer wieder hervorzukäuen. Dabei hat *Ladislaus Rudas* bereits 1924 nachgewiesen, daß Lukacs' Kritik an Engels den Standpunkt einer inkonsequent-idealistischen Eklektik bezieht („Orthodoxer Marxismus?" und „Die Klassenbewußtseinstheorie von Lukács" 1/2 in: „Arbeiterliteratur", Wien 1924, Heft 9, 10, 12).

Soweit die Kritik an der Naturdialektik überhaupt in ernstzunehmender Weise vorgetragen wird, sind hier an Titeln zu erwähnen:

J. P. Satre: „Materialismus und Revolution" (in: „Drei Essays", West-Berlin 1960, Ullstein TB 304), ders. „Marxismus und Existentialismus" (Reinbek 1964, rde 196, Ausschnitt aus „Kritik der dialektischen Vernunft"); *Alfred Schmidt:* „Der Begriff der Natur in der Lehre von Karl Marx" (Ffm. 1962, Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Bd. 11), ders. in: „Existentialismus und Marxismus" — Eine Kontroverse zwischen Sartre, Garaudy, Hyppolite, Vigier und Orcel (Ffm. 1965, ed. suhrkamp 116).

Die These von der Gestaltung des „Chaos", auf die Hollitscher aufmerksam macht, wird nicht nur von Feuilletonisten wie Ernst Fischer, sondern durchgängig von der gesamten linksbürgerlichen und revisionistischen „Kritik" geltend gemacht. So degradiert etwa A. Schmidt Natur zum „Material" von Arbeit und Herrschaft (Begriff der Natur, a. a. O., S. 47 et passim), das (offenbar an sich vollkommen unstrukturiert) beliebiger Formung sich darbietet. Geschichte wird so erst als von außen, durch arbeitende Praxis in die Natur hineingetragen vorgestellt. Der Unterschied zum transzendental-idealistischen Subjektivismus scheint dann nur noch darin zu liegen, daß Kants „Bewußtsein überhaupt", das der Natur ihre Gesetze „vorschreibt", durch ein gesellschaftliches Subjekt ersetzt wurde.

Übrigens ist es jedem Naturwissenschaftler selbstverständlich gewordene Erfahrung, daß Natur nicht beliebig traktierbar, somit offenbar auch kein bloßes „Material" ist, sondern überhaupt nur in Anerkennung ihrer objektiven Gesetzmäßigkeit beherrschbar. Das Problem der Naturdialektik kann überhaupt nur zureichend untersucht werden bei einem Minimum an positiven Kenntnissen über ihren Gegenstand, ohne welche der Engels gegenüber erhobene Vorwurf der spekulativen Konstruktion auf die kritikasternden Kritiker zurückfällt. Eine instruktive Darstellung der einschlägigen Problemlage gibt der Sammelband *„Struktur und Formen der Materie — Dialektischer Materialismus und moderne Naturwissenschaft"* (Berlin 1969). Das Buch *„Weltanschauung und Methode"* thematisiert u. a. eine mögliche Einheit von Natur- und Gesellschaftswissenschaften (Berlin 1969); hierin besonders wichtig der Aufsatz von *Peter Ruben:* „Problem und Begriff der Naturdialektik". Der Sammelband *„Lenin und die Wissenschaft" Bd. 2* (Berlin 1970) gibt einen Überblick über die dialektisch-materialistische Interpretation der mathematisch-naturwissenschaftlichen und erkenntnistheoretisch-methodologischen Forschung in Anknüpfung an Lenins Beitrag zur materialistischen Dialektik. Zu deren erkenntnistheoretischer Konzeption ist noch zu erwähnen *„Probleme und Ergebnisse der marxistisch-leninistischen Erkenntnistheorie"* (Sonderheft der Deutschen Zeitschrift für Philosophie, Berlin 1968).

Der Angriff auf die Naturdialektik ist als Angriff auf den marxistischen Monismus der Angriff auf Materialismus und Dialektik zugleich. Wo nicht ein strikter Dualismus zwischen arbeitender Praxis und außermenschlicher Natur konstruiert wird, hüllt man zumindest die Genesis von Arbeit und Bewußtsein in prähistorisches Dunkel. Dialektik sei zwar Produkt menschlicher Arbeit —, nicht aber zugleich deren genetische Voraussetzung. Daß Natur als bloßes „Material" betrachtet keine eigene Geschichte haben kann, liegt auf der Hand. So tritt also der Mensch völlig unvermittelt aus ihr hervor, sie nachträglich dialektisierend —, aber so, daß ihr Begriff nur noch die „Herrschaft der totgeschlagenen Materie über die Menschen" besagt. (Marx, Phil.-Ökon. Manuskripte, MEW Erg. Bd. 1, S. 507).

Demgegenüber weist Hollitscher auf die Kontinuität des Diskontinuierlichen hin, auf die naturwissenschaftlich konstatierbaren Vermittlungsstufen von Natur- und Gesellschaftsgeschichte. Daß diese noch nicht lückenlos erforscht sind, ist kein Grund, einen völlig undialektischen Bruch zwischen beiden zu konstruieren und zugleich die erstere in gesellschaftlichen Kategorien nicht nur zu beschreiben — was anders gar nicht möglich ist —, sondern sie aprioristisch in diese aufzulösen. Die Leugnung des Monismus ist in ihrer nicht vollzogenen Konsequenz die Leugnung der materialistischen Dialektik überhaupt, ist in ihrer verbreiteten Form der inkonsequente Abfall in Pfaffengeschwätz.

Zum 150. Geburtstag von Friedrich Engels veranstaltet der Parteivorstand der Deutschen Kommunistischen Partei eine

Internationale theoretische Konferenz:

Engels und die Arbeiterbewegung heute

am 28. und 29. November 1970
Stadthalle Wuppertal (beim Bahnhof Elberfeld)

Referate und Arbeitsgemeinschaften zu folgenden Themen:

Friedrich Engels und der Kampf der DKP
Referent Willi Gerns, Mitglied des Präsidiums der DKP

Friedrich Engels' Anteil an der Ausarbeitung des Marxismus
Referent aus der Sowjetunion

Der reale Sozialismus im Lichte des Werkes von Friedrich Engels
Referent Prof. Dr. Günter Heyden,
Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED

Engels' Kampf gegen den Opportunismus und Revisionismus und seine Bedeutung für die Gegenwart
Referent Prof. Dr. Josef Schleifstein,
Direktor des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt a. M.

Lenin und die „Arbeiteraristokratie"

E. J. Hobsbawm

Der folgende kurze Aufsatz anläßlich des 100. Geburtstages von Lenin ist ein Beitrag zur Diskussion seines Denkens. Das Thema ist geeignet, von einem britischen Marxisten behandelt zu werden, da Lenin den Begriff einer „Arbeiteraristokratie" sicherlich aus der Geschichte des britischen Kapitalismus im 19. Jahrhundert abgeleitet hat. Seine konkreten Verweise auf die „Arbeiteraristokratie" als Schicht der Arbeiterklasse scheinen ausschließlich auf England bezogen zu sein (obwohl er in seinen Studienaufzeichnungen zum Imperialismus gleichartige Erscheinungen auch in den „weißen" Teilen des britischen Empire feststellt). Der Ausdruck selbst ist mit großer Sicherheit einer Stelle entnommen, die Engels 1885 geschrieben hat und die in der Einleitung zur „Lage der arbeitenden Klasse 1844" (Ausgabe von 1892) wieder abgedruckt wurde. An dieser Stelle wird gesagt, daß die großen englischen Gewerkschaften „eine Aristokratie innerhalb der Arbeiterklasse" bilden.

Der tatsächliche Ausdruck mag zwar von Engels stammen, der Begriff selbst aber war besonders in den 80er Jahren in der englischen politisch-sozialen Debatte verbreitet. Es wurde allgemein angenommen, daß es in der englischen Arbeiterklasse in dieser Zeit eine bevorzugte Schicht gab – eine Minderheit zwar, aber dennoch zahlenmäßig groß –, die sehr häufig gewöhnlich mit den „artisans" (d. h. den ausgebildeten Handwerkern und Facharbeitern) und besonders mit den in den Gewerkschaften oder in anderen Organisationen der Arbeiterklasse Organisierten gleichgesetzt wurde. In diesem Sinn gebrauchten auch ausländische Beobachter den Ausdruck, so z. B. Schulze-Gaevernitz, den Lenin zu diesem Punkt im berühmten achten Kapitel von „Der Imperialismus, das höchste Stadium des Kapitalismus" zustimmend zitiert. Diese herkömmliche Gleichsetzung war nicht vollständig gültig; aber sie spiegelte, ebenso wie der Begriff Oberschicht der Arbeiterklasse, eine offensichtliche soziale Realität wider. Weder Marx noch Engels noch Lenin „erfanden" eine Arbeiteraristokratie. Sie existierte nur zu sichtbar im England der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Außerdem war sie sicherlich weniger sichtbar oder bedeutsam, falls sie noch sonst irgendwo existierte. Lenin nahm an, daß sie bis zur Periode des Imperialismus nirgendwo sonst existierte.

Das Neue an Engels Argument lag woanders. Er nahm an, daß diese Arbeiteraristokratie nur durch das industrielle Weltmonopol Englands ermöglicht wurde und daß sie daher mit dem Ende dieses Monopols verschwinden oder enger mit dem übrigen Proletariat verbunden würde. Lenin folgte Engels in diesem Punkt und er neigte in der Tat dazu, in den Jahren kurz vor 1914, als die englische Arbeiterbewegung immer radikaler wurde, die zweite Hälfte von Engels Argument hervorzuheben, z. B. in seinen Artikeln „Englische Debatten über eine liberale Arbeiterpolitik" (1912), „Die englische Arbeiterbewegung 1912" und „Die jämmerlichen Ergebnisse des Opportunismus in England" (1913). Während er auch nicht einen Augenblick daran zweifelte, daß die Arbeiteraristokratie die Basis des Opportunismus und des „Liberal-Labourism" in der englischen Arbeiterbewegung war, so schien er doch nicht so sehr die internationalen Implikationen dieses Arguments zu betonen. So benutzte er es zum Beispiel in seiner Analyse der sozialen Wurzeln des Revisionismus offensichtlich nicht (siehe „Marxismus und Revisionismus" (1918) und „Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung" [1910]). Hier argumentierte er eher, daß der Revisionismus, wie der Anarchosyndikalismus, entsteht auf Grund der ständigen Bildung von gewissen Mittelschichten – Kleinbetrieben, Heimarbeitern usw. – an den Randzonen des sich entwickelnden Kapitalismus, die ihrerseits ständig in die Reihe des Proletariats hinabgestoßen werden, so daß kleinbürgerliche Tendenzen unvermeidlich die proletarischen Abteilungen infiltrieren.

Der Gedankengang, den er aus seinen

Kenntnissen der Arbeiteraristokratie ableitete, war in diesem Stadium ein bißchen anders, und es muß festgehalten werden, daß er ihm, wenigstens teilweise, bis zum Ende seines politischen Lebens beibehielt. Hier ist es vielleicht wichtig zu bemerken, daß Lenin sein Wissen über diese Erscheinung nicht nur aus den Schriften von Marx und Engels, die sich häufig zur englischen Arbeiterbewegung äußerten, und durch seine persönliche Bekanntschaft mit englischen Marxisten (er war zwischen 1902 und 1911 sechsmal in England), sondern auch aus der sehr materialreichen und gutinformierten Arbeit über die „aristokratischen" Gewerkschaften des 19. Jahrhunderts bezog, dem Buch „Industrial Democracy" von Sidney und Beatrice Webb. Dieses wichtige Buch kannte er sehr gut, da er es während seiner Verbannung in Sibirien übersetzt hatte. Es lieferte ihm übrigens ein unmittelbares Verständnis der Verbindungen zwischen den englischen Fabiern und Bernstein: „Die ursprüngliche Quelle einer Reihe von Bernsteins Gedanken und Vorstellungen findet man im neuesten Buch der Webbs", schrieb er am 13. September 1899 an einen Briefpartner. Lenin zitierte viele Jahre später Daten, die er aus dem Buch der Webbs hatte und verweist ganz besonders in der Darstellung seiner Argumentation in „Was tun" auf „Industrial Democracy".

„Das bewußte Element"

Zwei Behauptungen können teilweise oder hauptsächlich aus der Kenntnis der englischen Arbeiteraristokratie abgeleitet sein. Die erste wäre, „daß jede Anbetung der Spontaneität der Arbeiterbewegung, jede Herabminderung der Rolle des „bewußten Elements", der Rolle der Sozialdemokratie, zugleich — **ganz unabhängig davon, ob derjenige, der diese Rolle herabmindert, das wünscht oder nicht — die Stärkung des Einflusses der bürgerlichen Ideologie auf die Arbeiter bedeutet.**" Die zweite wäre, daß ein rein gewerkschaftlicher Kampf „notwendigerweise ein beruflicher Kampf (ist), da die Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Berufen äußerst verschieden sind und folglich der Kampf um die **Verbesserung** dieser Bedingungen nach Berufen geführt werden muß." („Was tun?"; das zweite Argument wird unterstützt durch einen direkten Verweis auf die Webbs.)
Die erste dieser Behauptungen scheint auf der Ansicht zu beruhen, daß im Kapitalismus die bürgerliche Ideologie die vorherrschende ist, solange sie nicht offen vom „bewußten Element" bekämpft wird. Diese wichtige Beobachtung führt uns weit über die bloße Frage nach der Arbeiteraristokratie hinaus, und wir brauchen sie hier nicht weiter zu verfolgen. Die zweite Behauptung ist enger mit der Arbeiteraristokratie verbunden. Sie besagt, daß — bei einem angenommenen „Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung" im Kapitalismus, d. h. der Verschiedenheit der Bedingungen in verschiedenen Industrien, Bereichen usw. derselben Wirtschaft — eine rein „ökonomistische" Arbeiterbewegung dazu tendieren muß, daß sich die Arbeiterklasse in „eigennützige" („kleinbürgerliche") Teile aufspaltet, von denen jeder seine eigenen Interessen verfolgt, und das, falls es nötig ist, im Bündnis mit den eigenen Ausbeutern auf Kosten der übrigen Arbeiter. (Lenin zitiert mehrmals den Fall der „Birmingham Alliances" in den 90er Jahren, die Versuche eines vereinigten Blocks von Gewerkschaft und Management waren, die Preise in verschiedenen Metallzweigen zu garantieren; er erhielt diese Information mit großer Wahrscheinlichkeit von den Webbs.) Daher muß eine rein „ökonomistische" Bewegung konsequenterweise dazu führen, daß die Einheit und das politische Bewußtsein des Proletariats zerstört und seine revolutionäre Rolle geschwächt oder ihr entgegengearbeitet wird.

Auch dieses Argument ist sehr allgemein. Wir können die Arbeiteraristokratie als Sonderfall dieses allgemeinen Modells betrachten. Sie bildet sich, wenn die ökonomischen Umstände des Kapitalismus es ermöglichen, dem Proletariat bedeutende Zugeständnisse zu machen, wobei es gewissen Schichten der Arbeiter gelingt, sich aufgrund ihrer besonderen Knappheit, Geschicklichkeit, strategischen Position, organisatorischen Stärke usw. merkbar bessere Bedingungen als der Rest zu verschaffen. Von da an kann es historische Situationen geben wie im England des späten 19. Jahrhunderts, wo die Arbeiteraristokratie fast mit den wirksamen Gewerkschaften gleichgesetzt werden kann. Lenin war manchmal nahe daran, dies vorzuschlagen.

Der Zunftgeist

Auch wenn das Argument grundsätzlich allgemeiner ist, so kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß Lenin die Arbeiteraristokratie meinte, wenn er es gebrauchte. Immer wieder finden wir bei ihm Wendungen wie die folgenden: „der kleinbürgerliche Zunftgeist, der in der Arbeiteraristokratie vorherrscht" („Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros 1908"), „die englischen Gewerkschaften, abgesondert, aristokratisch, philisterhaft, eigennützig", „die Engländer sind stolz auf ihre ‚Praxisbezogenheit' und ihre Mißachtung der allgemeinen Prinzipien; dies ist ein Ausdruck des Zunftgeistes in der Arbeiterbewegung" („Englische Debatten über eine liberale Arbeiterpolitik", 1912), und „diese Arbeiteraristokratie ... isoliert sich von den Massen des Proletariats in abgeschlossenen, eigennützigen Zunftverbindungen" („Harry Quelch", 1913). Überdies wird, viel später, und in einer sorgfältig durchdachten programmatischen Erklärung — nämlich in „Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage (für den zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale" 1920) — die Verbindung mit größter Klarheit hergestellt:

„Die Industriearbeiter können ihre weltgeschichtliche Mission der Befreiung der Menschheit vom Joch des Kapitals und von den Kriegen nicht erfüllen, wenn sich diese Arbeiter ganz in dem Kreis enger Zunft- und Berufsinteressen abschließen und sich selbstzufrieden auf Bemühungen beschränken, ihre mitunter leidliche kleinbürgerliche Lage zu verbessern. Geradeso verhält es sich in vielen fortgeschrittenen Ländern mit der ‚Arbeiteraristokratie', die den Kern der angeblich sozialistischen Parteien der zweiten Internationale bildet".

Imperialismus und Opportunismus

Dieses Zitat, das die früheren und späteren Ideen Lenins über die Arbeiteraristokratie zusammenfaßt, führt uns ganz natürlich von dem einen zum anderen. Diese späten Schriften sind allen Marxisten bekannt. Sie stammen hauptsächlich aus der Zeit von 1914 bis 1917 und bilden einen Teil von Lenins Versuch, eine zusammenhängende marxistische Erklärung für den Ausbruch des Krieges und besonders für den gleichzeitigen, und traumatischen, Zusammenbruch der zweiten Internationale und der meisten sie bildenden Parteien zu liefern. Sie sind am ausführlichsten dargelegt in den berühmten acht Kapitel von „Der Imperialismus ..." und in dem Artikel „Der Imperialismus und die Spaltung im Sozialismus", der wenig später verfaßt wurde (Herbst 1916) und der sie vervollständigt.

Der Hauptinhalt von „Der Imperialismus ..." ist allgemein bekannt, während die Erklärungen in „Der Imperialismus und die Spaltung im Sozialismus" nicht so weit verbreitet sind. Grob gesagt ist der Gedankengang folgender. Dank der besonderen Stellung des englischen Kapitalismus — „ausgedehnte koloniale Besitzungen und monopolistische Stellung auf den Weltmärkten" — tendierte die englische Arbeiterklasse schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts dazu, sich in eine begünstigte Minderheit von Arbeiteraristokraten und eine viel größere Unterschicht zu teilen. Die Oberschicht „wird bourgeois", während zur gleichen Zeit „ein Teil des Proletariats es zuläßt, daß es von Leuten geführt wird, die von der Bourgeoisie gekauft sind oder zumindest in ihrem Sold stehen." In der Epoche des Imperialismus findet man das, was einmal eine rein englische Erscheinung war, bei allen imperialistischen Mächten. Von da an charakterisiert der Opportunismus, der zum Sozialchauvinismus degeneriert, alle führenden Parteien der zweiten Internationale. Dennoch „kann der Opportunismus jetzt nicht für Jahrzehnte in der Arbeiterklasse irgendeines Landes so triumphieren wie in England", denn das Weltmonopol muß nun von einer Reihe von miteinander im Wettbewerb stehenden Ländern geteilt werden. Während er die Erscheinung der Arbeiteraristokratie verallgemeinert, liefert dieser Imperialismus auch die Bedingungen für ihr Verschwinden.

Die relativ oberflächlichen Passagen in „Der Imperialismus, ..." werden zu einer weitergehenderen Argumentation in „Der Imperialismus und die Spaltung" ausgeweitet. Die Existenz einer Arbeiteraristokratie wird erklärt durch die Superprofite des Monopls, die es den Kapitalisten erlauben, „einen Teil davon (und einen nicht zu geringen!) zu verwenden zur Bestechung **ihrer eigenen Arbeiter,** um damit so etwas wie eine Allianz zwischen den Arbeitern einer gegebenen Nation und ihren Kapitalisten **gegen** die anderen Länder zu bilden". Diese „Bestechung" geschieht über Trusts, die Finanzoligarchie, hohe Preise usw. (d. h. so etwas wie vereinigte Monopole zwischen einem gegebenen Kapitalismus und seinen Arbeitern). Die Höhe dieser möglichen Bestechung ist beträchtlich — Lenin schätzte

sie auf vielleicht hundert Millionen Francs von einer Milliarde –, und ebenso beträchtlich ist unter gewissen Umständen die Schicht, die davon begünstigt wird. Jedoch, „die Frage, wie dieser kleine Brocken verteilt wird unter Arbeiterminister, ‚Arbeiterrepräsentanten', ... Arbeitermitgliedern der Kriegsindustriekomitees, Arbeiterfunktionären, Arbeitern, die in kleinen Fachverbänden organisiert sind, Angestellten usw. usf., ist eine untergeordnete Frage". Die restliche Argumentation, ausgenommen die weiter unten stehende, verstärkt die Argumentation in „Der Imperialismus, ..."; verändert sie grundsätzlich aber nicht.

Es ist wichtig sich zu erinnern, das Lenins Analyse ein Versuch war, eine spezifische historische Situation zu erklären – den Zusammenbruch der zweiten Internationale – und spezifische politische Schlußfolgerungen zu stützen, die er daraus zog. Er folgerte erstens, daß die Revolutionäre „immer tiefer zu den wirklichen Massen" gehen mußten, da der Opportunismus und der Sozialchauvinismus nur eine kleine Minderheit des Proletariats präsentierte, und zweitens, daß die „bürgerlichen Arbeiterparteien" nun unwiderruflich an die Bourgeoisie verkauft seien und daß sie weder vor der Revolution verschwinden noch in irgendeiner Weise zum revolutionären Proletariat „zurückkehren" würden, auch wenn sie „beim Namen von Marx schwören würden", wo immer der Marxismus unter den Arbeitern verbreitet sei. Daher müssen die Revolutionäre eine künstliche Einheit zwischen dem revolutionären Proletariat und dem opportunistischen, philisterhaften Trend in der Arbeiterbewegung zurückweisen. Kurz gesagt, die internationale Bewegung mußte sich spalten, damit eine kommunistische Arbeiterbewegung die sozialdemokratische ersetzen konnte.

Die korrupte Minderheit

Diese Schlußfolgerungen bezogen sich auf eine spezifische historische Situation, aber die Analyse, die sie stützt, war allgemeiner. Da er sowohl Teile einer spezifischen politischen Polemik als auch einer breiteren Analyse war, sollten manche Doppeldeutigkeiten in Lenins Argumentation über Imperialismus und Arbeiteraristokratie nicht näher geprüft werden. Wie wir gesehen haben, schob er selbst gewisse Aspekte als „untergeordnet" zur Seite. Nichtdestoweniger ist die Argumentation in gewisser Hinsicht unklar oder zweideutig. Die meisten Schwierigkeiten ergeben sich daraus, daß Lenin darauf bestand, daß der korrupte Teil der Arbeiterklasse eine Minderheit sei und nur eine solche sein könne, oder sogar, wie er sich manchmal polemisch ausdrückte, eine winzige Minderheit gegenüber den Massen „die nicht mit ‚bürgerlicher Ehrbarkeit' infiziert sind" und an die sich die Marxisten wenden müßten, da dies das Wesen der marxistischen Taktik ist.

Erstens ist es offensichtlich, daß die korrupte Minderheit, selbst in Lenins Annahmen, ein zahlenmäßig großer Teil der Arbeiterklasse und sogar ein noch größerer Teil der organisierten Arbeiterbewegung sein könnte. Selbst wenn sie nur 20 Prozent des Proletariats ausmachte, wie die Arbeiterorganisationen im England des späten 19. Jahrhunderts und im Deutschland von 1914 (das Beispiel stammt von Lenin), könnte sie nicht einfach politisch abgeschrieben werden, und Lenin war zu realistisch, um das zu tun. Daher auch ein gewisses Zögern in seinen Formulierungen. Es war nicht die Arbeiteraristokratie als solche, sondern nur eine „Schicht" davon, die ökonomisch zur Bourgeoisie übergelaufen war („Der Imperialismus und die Spaltung"). Es ist allerdings nicht klar, welche Schicht. Nur die Funktionäre, Politiker usw. der reformistischen Arbeiterbewegung werden als einzige Typen von Arbeitern besonders genannt. Diese bilden in der Tat eine Minderheit, eine winzige Minderheit – korrupt und manchmal offen im Dienst der Bourgeoisie stehend, aber die Frage, warum sie über die Unterstützung ihrer Anhänger verfügen, wird nicht diskutiert.

Zweitens ist die Stellung der Masse der Arbeiter in einer gewissen Zweideutigkeit belassen. Es ist klar, daß der Mechanismus der Ausbeutung eines Marktmonopols, den Lenin als die Basis des „Opportunismus" betrachtet, in Wegen verläuft, die seinen Nutzen nicht nur auf eine Schicht der Arbeiterklasse beschränkt. Es gibt guten Grund zu der Annahme, daß „so etwas wie eine Allianz" „zwischen den Arbeitern einer gegebenen Nation und ihren Kapitalisten gegen andere Länder" (und was Lenin am Beispiel der „Birmingham Alliances" zeigte) einigen Nutzen für **alle** Arbeiter zur Folge hat, obwohl der Nutzen offensichtlich für die gut organisierten und strategisch besseren Arbeiteraristokraten größer ist. Es ist tatsächlich so, daß das Weltmonopol des englischen Kapitalismus des 18. Jahrhunderts den unteren proletarischen Schichten keinen bedeutsamen Nutzen bescherte, der Arbeiteraristokratie hingegen einen beträchtlichen. Aber das war nur so, weil es unter den Bedingungen des konkurrierenden, liberalen „Laissez-faire"-Kapitalismus und der Inflation keinen anderen Mechanismus als den Markt (einschließlich des gemeinsamen Handelns einiger weniger proletarischer Gruppen, die fähig waren, ihn anzuwenden) zur Verteilung des Nutzens des Weltmonopols an die englischen Arbeiter gab.

Kollektive Korruption?

Aber unter den Bedingungen des Imperialismus und des Monopolkapitalismus war dies nicht mehr länger der Fall. Trusts, Preisgarantie, „Allianzen" usw. stellten Mittel dar, Zugeständnisse auf allgemeinerer Art auf die davon betroffenen Arbeiter zu verteilen. Überdies, und dessen war sich auch Lenin bewußt, änderte sich die Rolle des Staates. Der „Lloyd Georgism" (den er in „Der Imperialismus und die Spaltung" sehr scharfsinnig untersuchte) diente dazu, „die leidlich nahrhaften Brocken für die gehorsamen Arbeiter in Form von Sozialreformen (Versicherung usw.) zu sichern". Es ist offensichtlich, daß solche Reformen den „nichtaristokratischen" Arbeitern eher zugute kommen würden als den schon ziemlich gut lebenden „Aristokraten".

Lenins Theorie des Imperialismus weist schließlich nach, daß „eine Handvoll der reichsten, privilegiertesten Nationen" sich „in Parasiten der übrigen Menschheit" verwandelten, d. h. in kollektive Ausbeuter, und er schlägt eine Teilung der Welt in „ausbeutende" und „proletarische" Nationen vor. Könnte der Nutzen einer solchen kollektiven Ausbeutung vollständig auf die privilegierte Schicht des städtischen Proletariats beschränkt werden? Lenin war sich klar bewußt, daß das ursprüngliche römische Proletariat eine kollektiv parasitäre Klasse war. Als er über den Stuttgarter Kongreß der Internationale im November 1907 schrieb, stellte er fest:

„Die Klasse der zwar Besitzlosen, aber nicht Werktätigen, ist nicht fähig, die Ausbeuter zu stürzen. Nur die Klasse der Proletarier, von deren Arbeit die ganze Gesellschaft lebt, ist imstande, die soziale Revolution zu vollziehen. Nun hat aber die ausgedehnte Kolonialpolitik dazu geführt, daß der europäische Proletarier zum Teil in eine solche Lage geraten ist, daß die Gesllschaft als Ganzes nicht von seiner Arbeit, sondern von der Arbeit der fast zu Sklaven herabgedrückten kolonialen Eingeborenen lebt ... Unter solchen Verhältnissen entsteht in gewissen Ländern die materielle, ökonomische Grundlage, um das Proletariat des einen oder des anderen Landes mit dem Kolonialchauvinismus anzustecken. Dies kann natürlich nur eine vorübergehende Erscheinung sein, nichtsdestoweniger muß man aber das Übel klar erkennen, seine Ursachen begreifen ..."

„Marx hat mehrfach auf einen Ausspruch Sismondis hingewiesen, der von größter Bedeutung ist. Die Proletarier des Altertums – so lautet dieser Ausspruch – lebten auf Kosten der Gesellschaft. Die moderne Gesellschaft lebt auf Kosten der Proletarier" (1907). Neun Jahre später, im Zusammenhang mit einer späteren Diskussion, wird in „Der Imperialismus und die Spaltung" noch einmal daran erinnert, daß „das römische Proletariat auf Kosten der Gesellschaft lebte".

In der historischen Perspektive

Lenins Analyse der sozialen Wurzeln des Reformismus wird oft so dargestellt als ob sie sich nur mit der Bildung der Arbeiteraristokratie beschäftigt hätte. Man kann natürlich nicht leugnen, daß Lenin diesen Aspekt seiner Analyse stärker als jeden anderen, und aus Gründen der politischen Argumentation fast bis zur Nichtbeachtung eines jeden anderen, betonte. Es ist auch klar, daß er zögerte, andere Teile der Analyse, die keinen Bezug zu dem politischen Standpunkt zu haben schienen, mit dem er zu dieser Zeit überwiegend beschäftigt war, ebenso herauszuarbeiten. Ein genaues Lesen seiner Schriften zeigt jedoch, daß er andere Aspekte des Problems berücksichtigt und daß er sich der Schwierigkeiten eines ausschließlich einseitigen „arbeiteraristokratischen" Zugangs bewußt war. Heute, wo es möglich ist, das in Lenins Argumentation zu trennen, was von ständiger Relevanz ist, von dem, was die Grenzen seiner Informationen und die Erfordernisse einer spezifischen historischen Situation widerspiegelt, sind wir in der Lage, seine Schriften in der historischen Perspektive zu sehen.

Wenn wir versuchen, Lenins Arbeit über die Arbeiteraristokratie in dieser Perspek-

tive zu beurteilen, so können wir zu dem Schluß kommen, daß die Schriften von 1914 bis 1916 irgendwie weniger befriedigend sind als der tiefe Gedankengang, den er beharrlich von „Was tun" bis zu dem „Ursprünglichen Entwurf der Thesen zur Agrarfrage" von 1920 verfolgt. Obgleich viel von der Analyse der „Arbeiteraristokratie auf die Periode des Imperialismus anwendbar ist, hörte ihr klassisches (englisches) Modell des 19. Jahrhunderts, das die Grundlage von Lenins Denken über diesen Gegenstand bildete, auf, ein angemessener Wegweiser zum Reformismus zumindest der englischen Arbeiterbewegung um 1914 zu sein, obwohl sie, die Arbeiteraristokratie, als Schicht der Arbeiterklasse wahrscheinlich im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert auf ihrem Höhepunkt war.

Andererseits behält die allgemeine Argumentation über die Gefahren der „Spontanietät" und des „eigennützigen" Ökonomismus in der Gewerkschaftsbewegung, auch wenn er, der eigennützige Ökonomismus, durch das historische Beispiel der englischen Arbeiteraristokratie im späten 19. Jahrhundert belegt ist, ihre ganze Kraft. Sie ist tatsächlich eine der grundlegendsten und ständig aufschlußreichen Beiträge Lenins zum Marxismus.

(Aus: Marxism Today, Nr. 7/1970, S. 207—210. Übersetzung: Klaus Krone und Wolfgang Skurpel).

Brief an einen Genossen Studenten

Robert Steigerwald

Nach der Veranstaltung in Heidelberg habe ich auf dem Heimweg noch über einige unserer Streitpunkte nachgedacht.
Du hast Dich sicher davon überzeugen können, daß Du Deine Auffassungen darüber, was in der Grundsatzerklärung der DKP steht und was nicht, überprüfen müßtest. Sicher hast Du diese Erklärung unter dem Einfluß vorgefaßter Meinungen über die DKP gelesen. Im Nachhinein hat sich in Deinem Bewußtsein nicht das festgesetzt, was wir in unser Programm schrieben oder nicht schrieben, sondern das, was Du an Urteilen und Vorurteilen über uns hattest und auch noch hast. Ich habe das oft in Diskussionen mit jungen, linksintellektuellen Kritikern unserer Politik festgestellt. Da wird gar vieles über den Inhalt unserer Programmatik behauptet, was man aus ihr heraus nicht, wohl aber aus Vorurteilen über sie „begründen" kann.

„Verinnerlichten" Antikommunismus überwinden

Ich meine, hier hätten wir es mit einem interessanten „Phänomen" zu tun: Ihr habt einst den Antikommunismus so weit „verinnerlicht", daß Ihr selbst jetzt, nachdem Ihr in die Reihe der antiimperialistischen revolutionären Kämpfer eingetreten seid, dieses Wirken bürgerlicher Ideologie in Eurem Bewußtsein noch nicht wirklich überwunden habt. Allerdings habt Ihr es in eine „links" angesiedelte Form antikommunistischer Kritik und Polemik gegen die DKP „umfunktioniert".

Ich halte es durchaus für notwendig, auf diese Erscheinung aufmerksam zu machen, weil ich davon überzeugt bin, daß die besten unter unseren linksintellektuellen Kritikern auch nur den Verdacht, sie könnten den Antikommunismus nicht wirklich überwunden haben, empört zurückweisen; daß sie also alles andere als antikommunistisch beeinflußte Linke sein wollen; daß folglich die offene, möglichst emotionsfreie Diskussion über solche Punkte uns alle weiterführen könnte.
Ich möchte auch Deiner Interpretation der Arbeit von Peter Heß (einem Wissenschaftler aus der DDR) über den staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht folgen, sondern erst noch einmal diese Arbeit selbst daraufhin überprüfen, ob Du sie richtig oder ebenfalls unter dem Einfluß von Vorurteilen ausgelegt hast. Ich habe mich nämlich auf dem Heimweg ständig gefragt, wie kommen die Genossen eigentlich dazu, unseren Kampf um Mitbestimmung mit einer so völlig falschen Zielstellung zu verbinden. Bis mir plötzlich klar wurde, daß Ihr „Imperialismus heute" und die Arbeit von Peter Heß in einer Weise deutet, die eine klassenharmonische Politik, also den ordinären Opportunismus zuläßt. Daß Ihr zweitens davon ausgeht, wir entwickelten unsere Politik auf solchen Grundlagen. Dann braucht man tatsächlich nur noch — wie Ihr es tut — unsere Mitbestimmungspolitik in diesen Rahmen einzufügen, und der Opportunismus ist fertig.
Aber — abgesehen davon, ob Eure Interpretation stimmt — wären davor noch folgende Gesichtspunkte zu klären. Erstens folgt aus Falschem Beliebiges, das heißt, auch Richtiges. Selbst wenn die von Euch kritisierten Schriften von Heß usw. falsche theoretische Konzeptionen enthielten, so würde daraus noch nicht zwingend folgen, daß unsere Politik falsch sein müßte. Die Falschheit dieser Politik muß aus ihr selbst erklärt werden.
Zweitens habe ich in Heidelberg darauf hingewiesen, daß wir gegen einige der strategischen und taktischen Darlegungen in der alten Fassung von „Imperialismus heute" unsere Bedenken haben, wobei wir diese Arbeiten nicht so einschätzen wie Ihr. Immerhin ist es durchaus natürlich, daß bei ersten, systematischen Versuchen der Analyse des heutigen Imperialismus auch unzulängliche Thesen formuliert oder Konsequenzen abgeleitet werden. Übrigens gibt es auch zwischen den Autoren des genannten Buches und sowjetischen Autoren Meinungsverschiedenheiten. Das ist eine ganz normale, begrüßenswerte Erscheinung.

Zum Verhältnis von Reform und Revolution

Worin bestehen unsere Bedenken gegen einige in der alten Fassung von „Imperialismus heute" vertretenen Ansichten? Vor allem sind es zwei Punkte. Erstens sind wir nicht davon überzeugt, daß die vorgenommene Analyse schon ausreicht, eine für alle imperialistischen Länder gültige Gesetzmäßigkeit des Zusammenhangs von antiimperialistischer und sozialistischer Politik abzuleiten, wie sie in diesem Buch vorgenommen wird. Zweitens meinen wir, daß darin ein Problem nicht bis zu Ende geklärt ist, das größte politische Bedeutung hat, nämlich das Problem des Zusammenhangs von Reform und Revolution. Wir meinen das in dem Sinne, daß der Kampf um Reformen uns an die Hebel der Macht heranführen kann, daß dies aber noch nicht bedeutet, diese Macht selbst zu besitzen. Es gibt einige Theoretiker und auch politische Kräfte im Lager der Linken, die eine Identifizierung des Verhältnisses von Reform und Revolution vornehmen. Das gilt nicht für die DDR-Autoren. Diese Kritik gilt vielmehr einigen theoretisch-politischen Äußerungen aus Kreisen der IKP oder den Arbeiten von André Gorz. Diese Kritik gilt aber auch für jene ultralinken Kritiker, die meinen, Reformen dürfe man nur bejahen, wenn sie „systemüberwindend" seien; hier wird die Reform mit der Revolution gleichgesetzt.

Wir wenden dagegen ein, daß die Summe der Reformen noch nicht die Macht ergibt. Die Konzeption, daß man Stück für Stück die Macht gewinnen könne, halten wir für reformistisch. Diese Konzeption klammert die Frage aus, daß die Grenze des Systems schließlich überschritten werden muß. Die scheinbare Negation dieser Konzeption, die Reformen nur als „systemüberwindende" bejaht, klammert diese Frage ebenfalls aus, weil sie keinen Weg, keine Politik weiß, die erst einmal an die Grenze heranführt, damit man sie überschreiten kann. Die imperialistische Gegenseite antwortet doch mit ihrer weiteren Konzentration der miteinander verfilzten ökonomisch-politischen Macht. Darum können Reformen nicht die entscheidende, qualitative Änderung ersetzen, darum stellen die Hebel zur Macht noch nicht diese Macht selbst dar. Ohne Eroberung der entscheidenden Machtpositionen selbst wird es keine sozialistische Umwälzung geben. Darum haben wir in unserer Grundsatzerklärung ausdrücklich davon gesprochen, daß die politische Macht der Arbeiterklasse und ihrer Bundesgenossen im Kampf um den Sozialismus die unabdingbare Voraussetzung des Sozialismus ist. Alles, was dazu beiträgt, diesem Ziel näherzukommen, ist wichtig, also auch der Kampf um Reform als Bestandteil dieser Politik. Aber an dem Problem der politischen Macht, ihrer Eroberung, führt kein Weg vorbei. An sie heranzuführen, ist noch nicht das Herbeiführen der Entscheidung der Machtfrage. Diese Entscheidung bleibt letztlich das Wichtigste im Klassenkampf zwischen Arbeiterklasse und Kapital.

Parlamentarismus und revolutionärer Klassenkampf

Es gab einen zweiten Punkt unserer Diskussion, der insgesamt gesehen sehr wich-

tig ist: die Einschätzung des Stellenwertes des parlamentarischen Kampfes.

Du hast auf diesem Gebiet weit realistischere Bemerkungen gemacht, als man gemeinhin von den linken Kritikern der DKP-Politik zu hören bekommt. Du hast nicht bestritten, daß dem Kampf auf diesem Felde auch heute noch eine Bedeutung zukommt. Möglicherweise bin ich auf diesem Gebiet sogar etwas skeptischer als Du – was die Einschätzung des parlamentarischen Kampffeldes als Tribüne des Klassenkampfes zum Beispiel angeht. Aber vielleicht unterlief Dir auch nur ein sprachlicher Lapsus, wie sie in solchen Diskussionen leicht vorkommen. Du hast jedoch unsere Position falsch dargestellt. Dabei hast Du Dich auf die DKP-Grundsatzerklärung berufen, unberechtigt, da wir so etwas nirgends gesagt haben, daß der Parlamentarismus die Hauptform des Kampfes darstelle. Du bist hier vielleicht wieder ein Opfer eigener Vorstellungen geworden. Erst deutest Du Heß so, als gebe es bei ihm eine Verselbständigung des Staates, ergo die Möglichkeit, von der Ebene des verselbständigten Staates her in den Kapitalismus revolutionär einzugreifen. Das wird dann von Dir so interpretiert, als folge daraus die Notwendigkeit des Primats des parlamentarischen Kampfes – was nicht zwingend ist – und schließlich die Notwendigkeit für die DKP, den Parlamentarismus zur Hauptform des Kampfes zu erklären. Aber das alles sind nicht unsere, sondern Deine Ansichten über die Politik der DKP. Ich habe in einem Artikel in den „Marxistischen Blättern" (Nr. 6/1969), dabei auch gegen Agnoli polemisierend, unsere Auffassung dargelegt. In der Einschätzung des Parlamentarismus heute gibt es zwischen Euch und uns keine wesentlichen Unterschiede, wohl aber in den Folgerungen. Das Monopolregime legt auf den Parlamentarismus zu Manipulationszwecken wert. Aber gerade darum strebt es danach, nicht nur Revolutionäre durch allerlei Manipulationen aus dem Parlament auszuschalten (das bezweckt auch ultralinker Antiparlamentarismus), sondern auch, selbst ausreichend im Parlament vertreten zu sein. Die Argumente Agnolis u. a., der Parlamentarismus erzeuge an sich Opportunismus, macht ein Instrument des Kampfes zum Subjekt oder geht davon aus, daß Revolutionäre in der Konfrontation mit imperialistischen und opportunistischen Kräften auf parlamentarischem Felde selbst opportunistisch verseucht würden. Aber entweder sind die Instrumente des Systems allesamt ideologisch-politisch korrumpierend – dann verbleibt uns nur die ohnmächtige Geste der Erklärung des Austritts aus dem Kapitalismus – oder das Bewußtsein der Revolutionäre ist so miserabel, daß sie es im Zusammenprall mit dem Feinde verlieren. Dann bleibt, wenn nicht resigniert werden soll nur der Kampf um ideologische Fertigung übrig. Die antiparlamentarische Position würde das Bewußtsein nicht steigern, sondern alles beim Alten lassen. Ist das nicht dem Opportunismus sehr nahe verwandt?

Insofern, als der Parlamentarismus ja nur ein Instrument unter vielen des Klassenkampfes ist, sind einige der in diesem Zusammenhang entwickelten Argumente von allgemeiner Bedeutung. Ich meine Argumente, die das Verhältnis des subjektiven Faktors zu solchen Instrumenten betreffen. Das ist zum Beispiel auch wichtig hinsichtlich der weiter unten zu behandelnden Problematik der Mitbestimmung und der Mitbestimmungsorgane: ebenso wenig, wie das Parlament „an sich" im Klassenkampf für die Revolutionäre eine positive oder negative Funktion spielt, sondern dies unter anderem wesentlich vom Reifegrad des ideologisch-politischen Bewußtseins revolutionärer Kräfte abhängt, ebenso wenig kommt auch den Organen und der Sache Mitbestimmung „an sich" eine positive oder negative Bedeutung zu. Man sollte sich in all solchen Fällen vor einer klassenneutralen, inhaltsleeren, formalistischen, das heißt letztlich: bürgerlichen Diskussionsweise hüten.

Aber immer noch zum Parlamentarismus, wobei ich Beteiligung an Wahlen als Bestandteil dieser Kampfform einschätze. Die Beteiligung am letzten Landtagswahlkampf hat der DKP in NRW neunhundert neue Mitglieder gebracht. Allein die Tatsache, daß die Kandidatur nur möglich war, wenn in jedem der 150 Wahlkreise mindestens eine aus drei Mitgliedern bestehende DKP-Grundorganisation existiert, hat die Partei zu einer großen, einheitlich entfalteten, von den Mitgliedern voll verstandenen und unterstützten Aktivität für den Auf- und Ausbau solcher Organisationen geführt. Heute gibt es in jedem Wahlkreis von Nordrhein-Westfalen eine DKP-Organisation. In dem Kreis in Hessen, in dem ich wohne, zwingt uns der Wahlkampf – ich kandidiere ganz bewußt gerade deswegen in diesem Kreis – zu besonderen Anstrengungen für den Aufbau einer

Parteiorganisation. Hatten wir vor der Bundestagswahl dort nur vier Genossen in einem einzigen Dorf, so werden wir nach dem Ende dieses Landtagswahlkampfes 1970 in diesem Kreis eine Parteiorganisation von etwa zwanzig Mitgliedern erreicht haben. Auch das ist noch nicht alles, obwohl das schon die Beteiligung am Wahlkampf rechtfertigte. Selbstverständlich wäre manches davon auch ohne Wahlkampf erreicht worden. aber nur manches, denn die allgemeine Politisierung der Bevölkerung, die ein Wahlkampf mit sich bringt, die bedeutend vermehrten Möglichkeiten, öffentlich aufzutreten, das mit anderen Kräften zusammen und in Polemik gegen sie zu tun, schafft einen ganz anderen politischen Spielraum, gewährt auch eine ganz andere Möglichkeit der Ausnutzung der Presse des „Establishments" usw. usf. Übrigens liefe Nichtbeteiligung am Wahlkampf bei uns darauf hinaus, die Linken zum Wahlboykott oder zur Wahl der SPD aufzurufen, was beides bedeutete, die bestehenden Kräfte zu unterstützen.

„Heißes Eisen" Mitbestimmung

Aber am meisten umstritten in unserer Diskussion war die Frage der Mitbestimmung. Dabei zeigte sich in der Diskussion eine interessante Veränderung Eurer Position.

Anfänglich habt Ihr die Mitbestimmung als völlig falsch abgelehnt. Ich weiß jetzt, daß sich dahinter Eure Auffassung verbirgt, wir würden Mitbestimmung als Bestandteil einer im ganzen gesehen opportunistischen Einstellung zur Frage der Macht erstreben (siehe oben). Eure Argumente, Mitbestimmung desorientiere die Arbeiter, führe zur Illusion der Gleichberechtigung, zur Politik der Arbeitsgemeinschaft, übertrage Kapitalfunktionen auf die Arbeitsvertreter usw. hängen damit zusammen.

Aber wenn dem so wäre, müßtet Ihr nicht primär gegen unsere Mitbestimmungskonzeption, sondern vor allem gegen das kämpfen, was ihr als den eigentlichen Gefahrenpunkt in unserer Politik einschätzt? Denn wenn ihr nur eine abgeleitete, eine Folgeerscheinung dieses vermuteten Opportunismus bekämpftet, würdet ihr diesen Opportunismus selbst unangetastet lassen. Also: Ihr müßtet dann schon die oben genannten Fragestellungen über das Verhältnis von Reform und Revolution usw. zum Streitpunkt zwischen Euch und uns machen. Andernfalls würdet ihr ein bestimmtes Kampfziel und seine Instrumente, also die Mitbestimmung und ihre Organe, für prinzipiell falsch einschätzen. Das liefe darauf hinaus, eine Form des Kampfes an sich oder die eventuell erzielten, auch institutionell abgesicherten Ergebnisse abzulehnen. Dann wären nicht inhaltliche, sondern formale Gesichtspunkte Euer Kriterium. Das wären aber keine klassenmäßigen, keine inhaltlichen Fragestellungen.

Ich vermute, hinter Eurer diesbezüglichen Kritik steckt eine ganz bestimmte Angst: daß Arbeitervertreter in den Mitbestimmungsorganen von den Vertretern des Großkapitals durch die Vielzahl der vorhandenen ideologischen und materiellen Mittel korrumpiert werden.

Nun ist das selbstverständlich eine Gefahr. Die Geschichte hat genügend Beispiele dafür geliefert, wie groß diese Gefahr ist. Aber was sind daraus für Folgerungen zu ziehen? Der Kampf auf ideologischem Gebiet – Agitation, Propaganda und theoretische Tätigkeit – die Hilfe, das heißt auch: Kontrolle, die ständige Einbeziehung der Beauftragten von Arbeitskollektiven in den Kreis der Genossen und Kollegen, die kollektive Erörterung der Probleme, die ständige Fertigung und Weiterentwicklung der Arbeiterbewegung, ihrer Kraft, das sind Schritte zur Lösung des Problems.

Ich habe, Du erinnerst Dich sicher, in diesem Zusammenhang auch darauf verwiesen, daß Ihr – völlig richtig – an den Hochschulen zunächst um Mitbestimmung kämpft, daß Ihr aber den Arbeitern und Angestellten das verweigert. Einer von Euch antwortete: in den Universitäten stünden sich Arbeiter und Kapitalisten ja auch nicht gegenüber. Das ist natürlich keine Antwort, weil die Universität kein klassenneutraler Raum ist. Selbstverständlich sind die Gegensätze in der Universität von anderer Art, als im Produktionsbetrieb des Kapitalismus, aber gerade darum ist nicht einzusehen, warum zwar Studenten, nicht jedoch Arbeiter und Angestellte um den Aufbau von Gegenmacht-Positionen kämpfen sollten! In Wahrheit geht es doch darum, daß Ihr befürchtet, die Arbeiter gingen bei einer realen Mitbestimmung politisch-ideologisch unter, die Studenten dagegen nicht. Das ist eine elitäre Position, eine Überschätzung des Bewußtseins der Studenten, die doch, „historisch" gesehen, gerade erst in die antiimperialistische Front eingetreten und

„von Haus" aus, zumindest nicht weniger als die Arbeiter und Angestellten, zunächst einmal bürgerlich-ideologisch „präformiert" sind. Übrigens: wenn Eurer Polemik gegen die Mitbestimmungspolitik die Sorge um das ideologisch-politische Niveau der Arbeiterbewegung zugrundeliegt, folgt daraus nicht erstens, daß diese Gefahren nicht nur im Bereich des Kampfes um Mitbestimmung, sondern auch auf dem Felde „nur" des Lohnkampfes auftreten? Also sollten wir deshalb auf den Kampf um höheren Lohn verzichten? Oder folgt daraus nicht vielmehr zweitens, um die Hebung und Festigung dieses Niveaus zu kämpfen, was im Glashause nicht gelingen dürfte?!
Ihr habt Eure Position dann auch insoweit korrigiert, daß die Mitbestimmungsforderungen in revolutionären Krisen angebracht seien. Nun, die Geschichte hat eigentlich gezeigt, daß es in solchen revolutionären Krisen um eine höhere Forderung, nämlich mindestens um die der Arbeiterkontrolle ging. Außerdem ist eine solche Koppelung von Situationen und Kampfformen reichlich schematisch, wir meinen, nötig wäre es, die jeweils erforderliche Kampf- und Organisationsform aus der konkreten Situationsanalyse zu begründen.

Ein Genosse von Euch meinte, gerade die Mitbestimmung würde dem System dazu dienen, unsere rückständigen Arbeiter mehr in das System zu integrieren und sie dann gegen die Revolutionäre auszunutzen. Selbstverständlich gibt es eine solche Gefahr, rückständige Arbeiter und andere Werktätige gegen revolutionäre Kräfte auszunutzen. Dazu bedarf das System gar nicht der Mitbestimmung, wie die Lage zeigt, die aber genau zu diesem Zweck auch in demagogischen, systemkonformen Varianten (Biedenkopf-Gutachten) entwickelt wird. Die Tatsache, daß unsere Monopolbourgeoisie nicht bereit ist, nicht einmal heute, angesichts des ungenügend entwickelten Klassenbewußtseins der Arbeitermassen bestimmte juristische Möglichkeiten von Mitbestimmung hinsichtlich etwa der Investitionspolitik usw. einzuräumen, sagt doch, daß diese politisch sehr erfahrene Großbourgeoisie über die Möglichkeit, den Bewußtseinsstand der Arbeitermassen auf seinem gegenwärtigen niedrigen Niveau zu halten oder ihn gar zu senken, etwas „skeptischer" sind als mancher junge Revolutionär. Warum sollten eigentlich wir hinsichtlich der Möglichkeit, die Manipulation des Massenbewußtseins aufzubrechen, sie zu durchbrechen, pessimistischer sein, als unsere in Fragen der politischen Macht zweifellos sehr erfahrenen Klassengegner? Sind hier unsere „linken" Kritiker nicht in Wahrheit insofern Opfer der Manipulation, als sie — unbewußt — die revolutionäre Kraft des Proletariats, der gegenwärtigen Lage wegen, prinzipiell bestreiten?

Probleme des Staates

Ihr habt unsere Mitbestimmungsforderung auch darum abgelehnt, weil ihr meint, wir verfolgten damit eine Politik des Einsickerns in den Staat, das heißt, wir hätten keine klare Einschätzung vom Charakter dieses Staates, des staatsmonopolistischen Kapitalismus.
Zunächst wäre da zu sagen, daß auch im staatsmonopolistischen Kapitalismus Staat und Gesellschaft nicht identisch sind, obwohl wir es selbstverständlich mit einem Staat einer bestimmten, hier: staatsmonopolistisch-kapitalistischen Gesellschaft zu tun haben. Dies zu betonen ist auch wichtig angesichts tatsächlich vorhandener Tendenzen einer gewissen — im Sinne des Systems liegenden — Verselbständigung von Funktionen des Staates.
Zweitens wäre zu untersuchen, ob der Staat in diesem Kapitalismus wirklich ein einziger homogener Mechanismus ist. Schon Lenin verwies unmittelbar vor und nach der Oktoberrevolution auf wesentliche Veränderungen in dieser Hinsicht und folgerte daraus — über „Staat und Revolution" vom Juli 1917 hinausgehend in seiner Anfang 1917, also noch vor der Revolution, veröffentlichten Arbeit „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?" (die sie noch gar nicht erobert hatten!) —, daß die Revolutionäre eben nicht mehr den ganzen Staatsapparat zerschlagen müßten, daß sie vielmehr bestimmte Wirtschaftslenkungsinstrumente des staatsmonopolistischen Kapitalismus übernehmen würden. Diese Fragestellung ist unter heutigen Gesichtspunkten, sowohl die Erfahrungen mehrerer siegreicher proletarischer Revolutionen als auch die weiteren staatsmonopolistischen Prozesse analysierend, weiterzuentwickeln.
Wenn also schon die Mitbestimmungsproblematik auch unter solchem Gesichtspunkt diskutiert werden soll, so müßten diese neuen Prozesse allseitig mit in die Untersuchung einbezogen werden. Dabei wären zum Beispiel auch solche Fragen wichtig: inwieweit kann wirkliche Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten innerhalb eines staatsmonopolistischen Systems, das immer mehr zu gesamtgesellschaftlichen Regulierungen, Planifikationen, Formierungen strebt — streben muß! — dysfunktional wirken, um es einmal in soziologischem Neuhochdeutsch zu formulieren? Aber auch: welche Bedingungen und Formen des Massenkampfes sind erforderlich, um jene Mitbestimmungsforderung durchzusetzen, die wir in der Grundsatzerklärung der DKP formuliert haben.
Drittens wäre eben dieser konkrete Inhalt unserer Mitbestimmungskonzeption zu untersuchen und zu fragen, was es eigentlich bedeutet, solche Inhalte zu verwirklichen? Also etwa zu fragen, ob es ohne Massenkampf möglich wäre, Mitbestimmung von Arbeitervertretern (die gewählt werden und ihren Wählern im Betrieb rechenschaftspflichtig — also Kampf für die Beseitigung der Schweigepflicht — jederzeit abberufbar sind) in Fragen der Investitionen, der Gewinne usw. zu gewähren? Einige von Euch haben typischerweise von „Einführung" der Mitbestimmung gesprochen, während wir hier nicht die Einführung, sondern die Erkämpfung sehen. Eure Kritik, wir hätten eine ursprünglich von rechtssozialdemokratischer Seite zu demagogischem Zweck ausgeheckte Forderung aufgegriffen, regt zur Frage an, seit wann es verboten wäre, demagogische Forderungen der Reaktionäre oder Opportunisten aufzugreifen und zu versuchen, sie zu echten Kampfforderungen zu machen? Ist es nicht bezeichnend, daß gerade die führenden Kräfte des Systems Mitbestimmung bekämpfen, daß rechtssozialdemokratische Führer sie nur in kastrierter Form, als Instrumente der aktiven Mitbeteiligung am System, also als Integrationsfaktoren, anerkennen wollen? Warum kämpft auch Ihr gegen die Mitbestimmungspolitik und stellt Euch damit, was Ihr natürlich nicht wollt, an die Seite der Kräfte, die Ihr entschieden bekämpfen wollt, nämlich an die Seite der Kräfte des „Establishments"?

Kampf um unmittelbare Interessen und Mitbestimmung

Sehr interessant waren Eure Bemerkungen, die Mitbestimmungsforderungen seien gegenwärtig nicht von aktivierender und die Arbeiter vereinigender Bedeutung. Als politische Forderung sei sie zu wenig mit dem sozialökonomischen Kampf der Arbeiter verbunden, an konkreten sozialökonomischen Forderungen der Arbeiter festgemacht und aus ihnen heraus entwickelt. In diesem Zusammenhang spielten Fragen des Achtstundenarbeitstages und der Lohnhöhe, die Lehrlingsrechte, das politische Recht der Arbeiter im Betrieb eine Rolle.

Mir scheint, das wäre eine rationale Diskussionsebene. Denn hier geht es nicht mehr darum, die Mitbestimmungspolitik abzulehnen oder zu verteidigen, sondern darum, sie mit einem ganz bestimmten System des unmittelbaren sozialökonomischen Kampfes der Arbeiterklasse zu verbinden, sie so erst in die Nähe der Realisierbarkeit zu rücken. Auf diesem Gebiet die Politik zu entwickeln, dazu auch untereinander vorwärtsstoßende Kritik und Selbstkritik zu entfalten, wäre wohl das beste, was uns passieren könnte, um aus der Enge diskutierender Zirkel in die Weite aktiv und vereint handelnder Arbeiter und Studenten vorzustoßen.

**Wenn Sie
eine Zeitung suchen,
die für eine
ernsthafte
Friedenspolitik
kämpft
und
für demokratischen
Fortschritt,
dann lesen Sie
die**

Deutsche Volkszeitung

Probeexemplare unverbindlich und kostenlos durch MONITOR-VERLAG GmbH, 4 Düsseldorf, Oststr. 154, Postfach 5707 — Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei —

Hochschulrahmengesetz — Baustein staatsmonopolistischer Formierung

Paul Schäfer

Mit der Veröffentlichung des Entwurfs eines Hochschulrahmengesetzes ist deutlich geworden, daß die angeblich so unverbindlichen Leussink-Thesen — über die erst offene, ausführliche Diskussionen geführt werden sollten — doch nicht so unverbindlich waren. Der wesentliche Gehalt der Thesen hat in den vorliegenden Gesetzesentwurf Eingang gefunden.
Ebenso können die wesentlichen Kritikpunkte der demokratischen Studenten und Assistenten aufrechterhalten werden.
Mit dem Hochschulrahmengesetz soll der juristische Rahmen für die staatsmonopolistische Formierung von Wissenschaft und Ausbildung weiter ausgebaut werden. Das Gesetz reflektiert das Bemühen der Brandt/Scheel-Regierung, möglichst schnell ein Instrumentarium zur zentralen Lenkung der gesamten Wissenschaftsprozesse in die Hand zu bekommen.
Das Gesetz ist aber auch Ausdruck der Krise, in die das westdeutsche Bildungssystem geraten ist. Strukturelle „Reformen", mit denen die Leistungsfähigkeit des Bildungswesens für das herrschende System erhöht werden soll, sind notwendiger denn je:
Der Widerspruch zwischen den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution und der Rückständigkeit des Bildungswesens hat eine solche Zuspitzung erfahren, daß es zu einer Schranke des Profit- und Machtstrebens des Monopolkapitals geworden ist. Der Mangel an qualifizierten Fachkräften in Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung droht zu einer ernsten Gefahr für die Wachstumsmöglichkeiten der westdeutschen Industrie und damit für die Möglichkeiten der Profitoptimierung zu werden. In dem sich verschärfenden Konkurrenzkampf zwischen den BRD-Monopolen im internationalen Maßstab verschlechtern sich somit die Positionen des westdeutschen Monopolkapitals, was zu einem Hindernis für dessen ökonomische und politische Vorherrschaftspläne wird.
Die Bewegung der Schüler und Studenten, der Lehrlinge und Arbeiter, der Gewerkschaften und anderer demokratischer Organisationen für eine grundlegende Bildungsreform und die Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche ist so stark geworden, daß die Herrschenden versuchen, ihr durch partielle Lösungen den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Es ergibt sich nunmehr für das Monopolkapital die Notwendigkeit, möglichst schnell eine Effektivierung des Bildungswesens durch zentrale Planung und Steuerung, durch Straffung und Lenkung des Studiums, durch Umstrukturierung der Hochschulen zu erreichen. Darüberhinaus muß ein solches „Reformprogramm" die sozialen Konflikte an den Hochschulen vermindern, um die Anpassung des Bildungswesens an die Bedürfnisse der Großindustrie möglichst reibungslos durchsetzen zu können.
Die Aufgabe der sozialdemokratisch geführten Regierung auf diesem Gebiet besteht gerade darin, durch Herstellung eines besseren Verhältnisses zur Intelligenz, die permanente Klassenkampfsituation an den Hochschulen zu beseitigen. Die kritische Intelligenz soll durch formal-demokratische Zugeständnisse an das herrschende System gebunden werden. Deshalb zeigt die Politik der SPD/FDP-Regierung durchaus Merkmale pluralistischer Lösungen, im Rahmen kapitalistischer Möglichkeiten.
In entscheidenden Fragen jedoch wird allein der Herrschaftsanspruch des Monopolkapitals in entsprechende bildungspolitische Maßnahmen umgesetzt.
Mit Vorschlägen wie „non-profit-Universitäten" (U. Lohmar) wird versucht, den entscheidenden Einfluß des Monopolkapitals auf Forschung und Lehre zu verschleiern und von der weitergehenden Formierung der Hochschulen abzulenken.
So wird durch das Hochschulrahmengesetz die Errichtung von Privatuniversitäten ermöglicht, d. h. die Tendenz, ganze Forschungszweige aus den Hochschulen zu verlagern, gefördert. Damit sollen wichtige Forschungsprojekte der potentiellen Kontrolle durch demokratische Kräfte entzogen werden. Außerdem wird es dem Monopolkapital in weit stärkerem Maße ermöglicht, sich eigenen spezialisierten Nachwuchs, auf Kosten der Bevölkerung, in eigenen Industrieinstituten heranzubilden.
Der Bundesminister des Innern hat vorgeschlagen, als staatliche Hochschulen auch solche Einrichtungen anzuerkennen, „die nach ihrer besonderen Zweckbestimmung eine Ausbildung für den staatlichen oder kommunalen Verwaltungsdienst vermitteln". (§ 56) Dadurch würden die Kaderschmieden geschaffen, die der Monopolbourgeoisie die notwendige Reserve an „Führungskräften" sichern sollen. Solche Tendenzen arbeitet z. B. Helmut Schmidt mit der im „Weißbuch" geforderten Umwandlung von Bundeswehrakademien in Universitäten in die Hände.

Solche Institutionen werden nach dem Entwurf zwar als staatliche Hochschulen anerkannt, jedoch sind die Vorschriften des Gesetzes nicht auf diese Hochschulen anzuwenden. Dies macht die Unkontrollierbarkeit solcher Einrichtungen noch deutlicher.

Auch unter dem Titel — Hochschule und Staat — zeigt sich der beherrschende Einfluß staatsmonopolistischer Interessen.
Grundlage der gesamten Planung im Hochschulbereich ist der nach § 5 des Hochschulbauförderungsgesetzes zu erstellende Rahmenplan. Dem Planungsausschuß für den Hochschulbau, der die Aufgabe hat, diesen Rahmenplan zu entwickeln, gehört kein einziger Vertreter der Studenten und der anderen am Wissenschaftsprozeß beteiligten Gruppen an.
Der dominierende Einfluß staatlicher Organe wird an der Kompetenzverteilung ersichtlich. Die Hochschulen müsen bei der Aufstellung des Hochschulentwicklungsplans den Hochschulgesamtplan des Landes und den gemeinsamen Rahmenplan berücksichtigen, etwaige Abweichungen kenntlich machen und begründen. Eine Bindung der Landesregierung an die Hochschulentwicklungspläne besteht jedoch nicht!
Wohl aber gibt es die Unterordnung der Hochschulen.
§ 8, Abs. 2 spricht eine deutliche Sprache: „Das Land kann von der Hochschule diejenigen Maßnahmen verlangen, die zur Erfüllung der dem Land gegenüber dem Bund und gegenüber anderen Länder obliegenden Verpflichtungen erforderlich sind".
Die Prioritäten sind also klar abgesteckt. Richtschnur auch für den Hochschulgesamtplan sind die im gesamten Rahmenplan festgesetzten Zielvorstellungen des Planungsausschusses zur Entwicklung im Hochschulbereich. Das bedeutet weitgehende Ausschaltung der Selbstverwaltung der Hochschulen.
Auch bei der Aufstellung des Haushaltsplans sind die Hochschulen an die Ausgaberichtlinien der öffentlichen Haushalte gebunden. Nicht umsonst wird in der Begründung für den Entwurf auf die Etathoheit von Parlament und Regierung verwiesen.
Von entscheidender Bedeutung für die bundesweite Planung ist daneben noch die gemeinsame Bildungsplanung von Bund und Ländern auf der Grundlage des Art. 91 b GG.
Die dafür zuständige Bund-/Länderkommission dürfte demnach das wichtigste Instrument der Planung im Interesse der kapitalistischen Monopole sein.

In der Begründung für den Entwurf heißt es: „Die Hochschulen werden ihrer Planungsaufgabe nur dann nachkommen können, wenn ihnen hierfür entsprechend qualifizierte Mitarbeiter und ausreichende technische Hilfsmittel zur Verfügung stehen."

In diesem Zusammenhang bekommen Institutionen wie HIS GmbH, Wissenschaftszentrum GmbH ihren Stellenwert: dort sollen die zukünftigen Manager der Hochschulplanung und -verwaltung ausgebildet werden. Vertreter von HIS reisen schon heute von Hochschule zu Hochschule und bieten ihre „rein technischen Hilfsdienste" an. Die Planungsvorstellungen der Hochschulen werden auf diese Weise durch die Monopolplaner entsprechend präformiert. Nicht zu verwundern braucht, daß Leussink die „Selbstverwaltungsinstitution der Hochschulen" zu Vollzugsorganen für unkontrollierte Beschlüsse umfunktionieren möchte. Die Mitwirkung der Hochschulangehörigen beschränkt sich darauf, die in den zentralen Planungsorganisationen gefaßten Beschlüsse an der Hochschule umzusetzen.
Durch die sogenannte funktionsgerechte Mitwirkung sollen zusätzlich bestimmte Gruppen ausgeschaltet werden. Um eine „sachgerechte Selbstverwaltung des Hochschulbetriebes" zu gewährleisten, kann die Beteiligung an bestimmten Organen von gewissen Qualifikationen abhängig gemacht werden. Der berüchtigte ‚Negativkatalog' der Ordinarienuniversität darf, dank Leussink, weiterbestehen.
Nach § 13 Abs. 4 ist die Repräsentanz der Mitgliedergruppen von der Wahlbeteiligung

abhängig. Die Festlegung einer Mindestbeteiligung ermöglicht es Minderheitengruppen, durch Wahlboykott eine demokratische Willensbildung zu verhindern.

An dem Ziel, die Hochschulangehörigen von jeglicher Mitbestimmung über Planung, Organisation der Wissenschaft, Durchführung der Forschung und Verwertung der Ergebnisse auszuschließen, hat sich nichts geändert. Zwar ist die Leussink-These Nr. 7, die vorsah, daß über „allgemeine Fragen der Forschung nur diejenigen entscheiden, die an Forschungsvorhaben selbständig arbeiten", daß in Einzelfragen nur derjenige entscheidet, der das Projekt „verantwortlich" leitet, leicht modifiziert, doch wesentlich geändert hat sich nichts. Es ging offenbar darum, der verräterischen Formulierung ihrer Sprengkraft bei den oppositionellen Gruppen zu nehmen. Nach wie vor werden die Entscheidungen über die Durchführung eines Forschungsvorhabens von denjenigen getroffen, die an den Forschungsvorhaben wissenschaftlich mitarbeiten.

Ein gutes Beispiel für das, was Leussink unter funktionsgerechter Mitwirkung versteht, bietet § 14 Abs. 2: „Für Beschlüsse eines Kollegialorgans über Fragen der Forschung ... sowie über die Einstellung von Hochschullehrern genügt die Mehrheit der Hochschullehrer und die Mehrheit der wissenschaftlichen Mitarbeiter des Kollegialorgans." Studentische Mitwirkung hat hier lediglich Alibifunktionen für die Öffentlichkeit zu erfüllen.

Von besonderem Interesse müssen die Vorstellungen des Wissenschaftsministeriums zur Lösung des numerus-clausus-Problems sein; hat doch gerade der Skandal numerus clausus in den letzten Monaten Schüler und Studenten auf die Straße getrieben und ihren Protest provoziert. Doch trotz des Kampfes, den Schüler und Studenten in Verbindung mit den Organisationen der Arbeiterklasse führen, wird der numerus clausus im Gesetz zementiert.

Die Formulierung des § 22: „Zum Hochschulstudium ist berechtigt, wer die Eignung für das gewählte Studium nachweist", kann man nur als Augenwischerei betrachten. In der Begründung für den Entwurf heißt es nämlich, daß der Studienbewerber „einen Anspruch auf Zulassung der gewünschten Fachrichtung bzw. des gewünschten Studienganges **nach Maßgabe der an der gewählten Hochschule vorhandenen Studienplätze** hat." (Hervorhebung durch mich — P. S.) Und weiter: „Eine Zulassungsbeschränkung und eine Auswahl der Studienbewerber nach § 48, 49 stehen dem in § 22 Abs. 1 verankerten Rechtsanspruch nicht entgegen." In den unmittelbar geltenden Vorschriften (§ 46 — § 50) werden denn auch Maßnahmen zur besseren Verwaltung des n. c. festgehalten. Ein umfangreiches Instrumentarium von der Bundesoberbehörde, die die Aufgabe hat, die Studenten über die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten des Studiums zu unterrichten, bis zur Zentralen Registrierstelle für die Studienbewerber und die vorhandenen Studienplätze wird entwickelt. Dabei geht es vor allem darum, die Studentenzahlen den bestehenden Raumverhältnissen der Universitäten anzupassen, wesentliche Erweiterungen der Ausbildungskapazitäten werden dadurch nicht erreicht. Durch den Ausbau des numerus clausus soll eine Lenkung der Studiengänge und Studienziele im Interesse der Monopole vorgenommen werden. Hinzu kommt der Versuch, Studiengänge und Prüfungsordnungen von zentralen Stellen, ohne Kontrolle durch die Studenten, vorzuschreiben. Die Einrichtung von Instituten, die sich vorwiegend mit Curriculumforschung beschäftigen, deuten die Tendenz an, vorprogrammierte einheitliche Studiengänge zu entwickeln. Durch eine solche Vereinheitlichung der Lehrmeinungen bekäme die herrschende Klasse ein weiteres Manipulationsinstrument in die Hand.

Um die politische und ideologische Formierung voranzutreiben, soll dem Studium der Wehrdienst vorgeschaltet werden. Das wird vor allem dadurch erreicht, daß verschiedene Vorteile für diejenigen, die den Wehrdienst ableisten, eingebaut sind. So gibt § 49 Abs. 1 Nr. 2 innerhalb der nach der Wartezeit zuzulassenden Zahl, denjenigen Studienbewerbern, die ihre Wehrpflicht erfüllt haben, den Vorrang bei gleicher Wartezeit.

Wie die staatsmonopolistische Lenkung des Studentenstroms perfektioniert werden soll, enthüllt die Konzeption der „integrierten Gesamthochschule". Zwar heißt es in § 4 des Entwurfs, daß Gesamthochschulen Hochschulen sind, die Forschung, Lehre und Studium verbinden, doch in der Begründung des Entwurfs wird diese Aussage relativiert: „... nicht jeder Studiengang, den die Gesamthochschule anbietet, muß eine unmittelbare Teilnahme der Hochschullehrer und der Studenten an der Forschung im Sinne der Weiterentwicklung der Wissenschaft vorsehen ..." und „Die Studenten in der Gesamthoch-

Die neue Taschenbuch-Reihe

Sammlung Luchterhand

Jährlich erscheinen 20 Bände, kartoniert, mit Schutzfolie versehen, zu DM 4,80 – 7,80 – 9,80

»Das Programm der Sammlung Luchterhand ist ausgewogen zwischen belletristischer und kritischer, soziologischer, philosophischer und wissenschaftlicher Literatur; das Profil der Reihe entspricht also genau dem Profil des Verlages«
Heinz Ludwig Arnold, Hessischer Rundfunk

Band 1
Jurek Becker
Jakob der Lügner
Roman. DM 7,80

Band 2
Helmut Krauch
Die organisierte Forschung
Eine Studie über Forschungsplanung und Wissenschaftspolitik in der Demokratie. DM 9,80

Band 3
Helmut Heißenbüttel
Das Textbuch
Vom Autor besorgte Zusammenfassung der Textbücher 1–6. DM 7,80

Band 4
Herbert Marcuse
Der eindimensionale Mensch
Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft.
Ungekürzte Sonderausgabe.
DM 7,80

Band 5
Michail Bulgakow
Hundeherz
Roman. Sonderausgabe.
DM 4,80

Band 6
Leo Kofler
Stalinismus und Bürokratie
Zwei Essays. DM 7,80

Band 7
Hilde Domin (Hrsg.)
Nachkrieg und Unfrieden
Gedichte als Index 1945–1970. Mit einem Nachwort der Herausgeberin. DM 7,80

Band 8
Wolfgang Naucke/ Paul Trappe (Hrsg.)
Rechtssoziologie und Rechtspraxis
DM 9,80

Band 9
Ernst Jandl
Der künstliche Baum
Gedichte 1957–1969.
DM 4,80

Band 10
Harry Pross
Publizistik
Thesen zu einem Grundcolloquium. DM 7,80

Band 11
Georg Lukács
Geschichte und Klassenbewußtsein
Studien über marxistische Dialektik. DM 9,80

Band 12
Marguerite Duras
Zerstören, sagt sie
Roman.
Aus dem Französischen von Walter Boehlich.
DM 4,80

Band 13
Konrad Farner
Der Aufstand der Abstrakt-Konkreten
Zur Ideologie der spätbürgerlichen Zeit.
Mit einem Briefwechsel zwischen Georg Lukács und dem Verfasser.
DM 7,80

Band 14
Anna Seghers
Aufstellen eines Maschinengewehrs im Wohnzimmer der Frau Kamptschik
Erzählungen. Mit einem Nachwort von Christa Wolf.
Westdeutsche Erstausgabe.
DM 7,80

Band 28
Georg Lukács
Solschenizyn
DM 4,80

Ausführliche Verzeichnisse der »Sammlung Luchterhand« erhalten Sie durch Ihre Buchhandlung

Sammlung Luchterhand

schule **nach Maßgabe ihres Studienzieles und -inhaltes** sowie der erreichten Studienphase an der Forschung teilnehmen." (Hervorhebung durch mich – P. S.)

Die schon in den Leussink-Thesen angekündigte Trennung von Forschung und Lehre soll nun Wirklichkeit werden. Damit verbunden ist die Aufteilung des Studiums in Kurz- und Langstudiengänge. Zwar wird die strikte Trennung in Normal- und Aufbaustudium vorgeblich abgelehnt, im Modell der differenzierten Studiengänge jedoch faktisch übernommen. Leussink-These Nr. 10, nach der Studiengänge angestrebt werden, die „im allgemeinen in drei Jahren zu einem ersten berufsbefähigenden Abschluß führen" sollen, wird in keiner Weise revidiert. Die Teilnahme der Studenten an der Forschung wird in diesen „anwendungsbezogenen" Studiengängen nicht möglich sein. Die Trennung in praxisbezogene und forschungsbezogene Studiengänge bedeutet für die Masse der Studenten noch geringere Qualifikation als es schon heute der Fall ist, zugunsten einer kleinen, hochqualifizierten Führungsschicht, die über das Kontaktstudium zusätzlich die Möglichkeit zu permanenter Weiterbildung hat.

Unschwer läßt sich die Absicht des Monopolkapitals erkennen, den steigenden Bedarf an Fachkräften möglichst schnell und ohne großen Kostenaufwand zu befriedigen. Die Ausstoßrate an relativ gering qualifizierten, eng spezialisierten Fachidioten soll erhöht und daneben eine Elite-Truppe herangezüchtet werden, die dann Leitungsfunktionen in Staat und Wirtschaft übernehmen soll. Für die Masse der Studenten sichert das Kurzstudium keine Disponibilität. Ihre Ausbildung ist eng auf die Bedürfnisse der Monopole zugeschnitten. Die fehlenden breiten Grundlagenkenntnisse und die zu früh eintretende Spezialisierung machen eine Anpassung des Wissens an die technische Entwicklung unmöglich.

In der wissenschaftlich-technischen Revolution ist die Fähigkeit nach wissenschaftlichen Methoden zu arbeiten, ist „forschendes Lernen", ist eine Ausbildung, die einen notwendigen Bildungs- und Erkenntnisvorlauf sichert, ist lebenslanges Lernen unabdingbar geworden. Da die Ausbildung unter kapitalistischen Bedingungen solche Qualifizierung nicht vermittelt, bedeutet das für den Großteil der Studenten Unsicherheit des Arbeitsplatzes und drohender sozialer Abstieg. Hier zeigt sich, daß die Großindustrie, um die Kosten für die Investitionen im Bildungssektor aus Gründen der Profitoptimierung möglichst niedrig zu halten, in ihrer Bedarfsplanung den Interessen der Studenten nach höherer Qualifikation und den objektiven gesellschaftlichen Erfordernissen zur Steigerung der Produktivkräfte widerspricht.

Daß die Ausbildung auf diejenigen Fähigkeiten beschränkt werden soll, die unmittelbar zur produktiven Arbeit benutzt werden, ist erkennbar an der Konzeption der – zwischen theoretischer und praktischer Ausbildung – alternierenden Studiengänge.

Damit wird zweierlei erreicht:

1. leisten die Studenten während ihrer Ausbildung praktisch schon produktive Arbeit;
2. ist eine stärkere ideologische Beeinflussung der Studenten durch das Kapital gewährleistet.

Diese ideologische Formierung soll in Zukunft dadurch betrieben werden, daß weit stärker als bisher Vertreter der Monopolbourgeoisie in den Lehrbetrieb integriert werden. Der Ruf nach erfahrenen Männern der „Berufspraxis" ertönt schon seit geraumer Zeit in den entsprechenden bürgerlichen Presseorganen. So wird auch in der Begründung des Entwurfs zu § 30 – Staatliche Prüfungen – verkündet: „Es wird nützlich sein, daß auch in der Berufspraxis Stehende an der Prüfung mitwirken . . ."

Damit wird es dem Großkapital ermöglicht, die Anforderungen an die Hochschulabsolventen zu steuern, und sich obendrein den passenden Nachwuchs auszuwählen.

Die notwendige Erhöhung der Qualifikation soll nur zu einem partiellen Zuwachs an Wissen führen und keinesfalls zur Einsicht in den gesellschaftlichen Prozeß und zur Erkenntnis der eigenen Klasseninteressen. Durch einseitige Spezialisierung, durch die Erhöhung des Leistungsdrucks, durch dauernde Leistungskontrollen (s. Studienberatung) und durch verstärkte ideologische Disziplinierung soll es den Studenten unmöglich gemacht werden, einen Gesamtüberblick über die wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Prozesse zu erhalten und somit auch eine Kontrolle über die Verwertung seiner Teilergebnisse, seiner Forschungsprodukte auszuüben.

Die Verwertung von Wissenschaft und Forschung unterliegt somit der Kontrolle des Monopolkapitals.

Das Bildungsprivileg der herrschenden Klasse besteht also weiter, es hat nur andere Formen angenommen.

Bestand es früher darin, den Zugang zu den Hochschulen allein den Kindern der Bourgeoisie zu öffnen, ist das Monopolkapital aufgrund der Dezimierung dieser Bourgeoisie und der wissenschaftlich-technischen Revolution heute gezwungen, den erweiterten Bedarf an wissenschaftlich qualifizierten Facharbeitern zunehmend aus allen sozialen Schichten zu rekrutieren.

Das Bildungsprivileg besteht weiter in der Bestimmung der Lehrinhalte und -meinungen und in der direkteren Kontrolle der Forschung durch die herrschende Klasse. Die sozialdemokratisch geführte Regierung und ihr Wissenschaftsminister Leussink sind dabei, dieses Bildungsprivileg staatsmonopolistisch zu organisieren.

Für die Arbeiterklasse ist es von größter Bedeutung, ob die Reformen im Bildungswesen dazu dienen sollen, das staatsmonopolistische Herrschafts- und Ausbeutersystem zu stabilisieren, zu modernisieren und damit effektiver zu machen für wirtschaftliche, politische und militärische Expansion, oder ob sie eine demokratische Hochschule, ein demokratisches Bildungssystem anstreben.

Leussinks Reformen sind nicht von der Zielstellung geprägt, eine Demokratisierung des Bildungswesens, in Struktur und in den Bildungsinhalten, herbeizuführen.

Arbeiter und Studenten müssen deshalb eine solche Politik, und ihren juristischen Ausdruck – das Hochschulrahmengesetz – bekämpfen.

Spartakus wird den Kampf zur Änderung des politischen Kräfteverhältnisses an den Hochschulen zugunsten der Arbeiterklasse weiterführen.

Die Bundeswehrschule – Schule der Nation

Geistige Militarisierung in Westdeutschland

Michael Maercks

Anfang dieses Jahres erregten die Presseberichte über zwei geheime Dokumente der Bundeswehrführung die westdeutsche und die internationale Öffentlichkeit: über den Brief „Gedanken zur Inneren Führung" von Heeresinspekteur Generalleutnant Schnez und die Studie „Gedanken zur Verbesserung der inneren Ordnung des Heeres". Wie alle solche Studien war auch diese das Ergebnis der Tätigkeit des gesamten Führungsstabs. Hauptautoren dieser Studie, die 1969 vom damaligen Verteidigungsminister Schröder in Auftrag gegeben wurde, waren außer Schnez auch der stellvertretende Inspekteur des Heeres, Generalmajor Grashey, der „General des Erziehungs- und Bildungswesens im Heer", Brigadegeneral Heinz Karst, sowie General Schall und die drei Kommandierenden Generale des Heeres, Uechtritz, Niepold und Thilo.

Ziel solcher Studien ist es, die offizielle Regierungspolitik sowohl nach außen als auch nach innen in noch reaktionärere und aggressivere Bahnen zu drängen. Entsprechendes wurde schon 1960 praktiziert, als die Bundeswehrführung auf Initiative von Strauß am 20. August 1960 mit der Generalsdenkschrift an die Öffentlichkeit trat, in der die Aufrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen gefordert wurde. Mit der Schnez-Studie soll nun eine neue Stufe der Militarisierung in der BRD eingeleitet werden, für die drei Hauptrichtungen kennzeichnend sind:

- eine verstärkte ideologische Formierung der Bundeswehr als machtpolitisches Hauptinstrument des westdeutschen Imperialismus für die Sicherung des kapitalistischen Systems nach innen und für die Durchsetzung der aggressiven Bonner Politik nach außen
- Veränderung des Verhältnisses der Bundeswehr zu anderen Teilen des staatsmonopolistischen Machtapparates und der Gesellschaft
- Entwicklung der Bundeswehr zu einem Instrument der verstärkten geistigen Militarisierung der westdeutschen Gesellschaft

Die Schnez-Studie muß eingeordnet werden in die Herausbildung des westdeutschen Militär-Industriellen-Komplexes, dessen Kennzeichen ja gerade ist, daß er

auf der Grundlage der enormen Machterweiterung der Militärhierarchie zu einem entscheidenden gesellschaftlichen Faktor beruht, auf der gewaltigen Machtkonzentration des Rüstungskapitals, das entscheidende Schlüsselpositionen der Volkswirtschaft beherrscht, sowie auf der immer deutlicheren Priorität, welche die Militarisierung im staatsmonopolistischen Regulierungssystem erhält.[1]

Ziel ist es, die Bundeswehr als gesamtgesellschaftlichen Ordnungsfaktor und entscheidenden Stabilisator der spätkapitalistischen Machtverhältnisse einzusetzen. So vertritt Schnez gegenüber der FAZ die Auffassung, ein derart staatstreues Offizierskorps wie das unserer Zeit habe es in der deutschen Heeresgeschichte, ausgenommen die Kaiserzeit, nicht gegeben.[2] Durch die Schaffung eines noch größeren Einflusses des Militärapparates und der Generalität auf die anderen Bereiche des Herrschaftsapparates, besonders auf die Massenmanipulierungsmittel wie Funk, Film und Fernsehen, vor allem aber auch auf den gesamten Ausbildungssektor, soll der geistige Militarisierungsprozeß in der gesamten Bevölkerung noch weiter intensiviert werden. „Der Staat muß alle ihm gesetzlichen und politisch ihm zur Verfügung stehenden Mittel ausnutzen, um die Publikationsmedien dazu zu bringen, der Bevölkerung den Verteidigungsauftrag der Streitkräfte klarzumachen. Diese Aufgabe ... muß mit Nachdruck und Anpassungsfähigkeit erfüllt werden."[3]

Durch eine Erhöhung der formalen Disziplin, durch größeres Disziplinarrecht der Vorgesetzten, schließlich durch die Änderung des Grundgesetzes, sollen die Soldaten gegenüber allen demokratischen Einflüssen abgeschirmt und ihrer verfassungsmäßig verbürgten Rechte beraubt werden. Widerstand gegen diese Formierung soll mit allen Mitteln gebrochen werden. „Wenn allerdings die Grundforderungen von Gehorsam und Autorität angetastet werden, hat die Toleranz ein Ende. Bei Verstößen gegen diese Grundelemente jeder Armee verlange ich entschlossenes und hartes Durchgreifen."[4]

Was darunter zu verstehen ist, wurde Monate später unter Schmidt praktiziert. Die Studie „Soldat 70" der SDAJ, in der grundgesetzwidrige Methoden der Bundeswehrführung auf allen Ebenen aufgedeckt wurden, und in der auf den immer stärkeren Einfluß reaktionärster Kräfte in der Bundeswehr verwiesen wurde, wurde durch höchsten Befehl beschlagnahmt, die Initiatoren inhaftiert oder „unehrenhaft" aus der Bundeswehr entlassen.

Die Schnez-Studie ist ein Ausdruck dafür, daß das Zusammenwirken der reaktionärsten Teile des Monopolkapitals mit den führenden Kräften der Bundeswehr eine neue Qualität erreicht hat. Als gezielte und bewußte psychologische Vorbereitung für die Herausbildung der Bundeswehr als systemstabilisierenden Faktor diente die Veröffentlichung der Rede Grasheys vor dem vierten Fortbildungslehrgang für Generalstabsoffiziere an der Führungsakademie in Hamburg am 19. 4. 69. Grashey erläuterte darin, daß er den Zeitpunkt für gekommen halte, um den demokratischen Plunder abzustreifen, der in der Aufbauphase der Remilitarisierung, um das Gesicht zu wahren, zugestanden wurde, und um selbst solche formaldemokratischen Einrichtungen wie das Amt des Wehrbeauftragten, des „Sonderaufpassers", abzuschaffen. Nun „müsse man endlich die Maske ablegen" und die Bundeswehr müsse sich bereithalten, in der Bundesrepublik die Rolle des „Ordnungsfaktors" zu spielen.[5]

Am 18. 6. 69 wiederholte der damalige Bundeskanzler Kiesinger dies in seiner Rede vor dem Deutschen Bundeswehr-Verband:

„Ich war vor vierzehn Tagen Gast eines Unternehmers in meiner Heimat, der über allerlei Dinge klagte und mir plötzlich sagte: Die jungen Arbeiter, die aus der Bundeswehr zurückkehren, sind in Ordnung. Das sind prächtige Kerle, und viele von ihnen haben sich in der Zeit völlig gewandelt. Nun, wir wollen vorsichtig sein, aber immerhin, ich habe meinen eigenen Sohn in der Bundeswehr gehabt und habe gefunden, daß sie ihm und seinen Freunden gutgetan hat. Hier ist in der Tat eine große Aufgabe. Ich will ihnen da nicht mit alten Klischees wie „Bürger in Uniform" und „Innere Führung" kommen. Damit sei nichts gegen diese Formeln, die in schweren Jahren gefunden und geprägt worden sind, gesagt. Sie sind der Ausdruck eines großen Ringens um diese neue Bundeswehr und ihre Integration in unsere demokratische Gesellschaft. Aber manchmal werden eben gewisse Formeln auch abgeschliffen, und sie verlieren etwas von dem Leben, das sie einmal besessen haben. Darum will ich ganz einfach sagen: Ich weiß, was ein einziger guter und was ein einziger schlechter Vorgesetzter in der Bundeswehr anrichten kann. Wenn man das weiß, ist es doch für jeden von Ihnen, der an verantwortlicher Stelle steht, eine hohe Verpflichtung, die große Chance wahrzunehmen, durch das eigene existenzielle Vorbild sich so darzustellen, daß der Soldat sagt: Donnerwetter, das ist ein Kerl. Es ist eine hohe Verpflichtung, durch dieses Vorbild beizutragen, daß die Bundeswehr eine große Schule der Nation für unsere Leute wird. Bitte denken Sie daran, daß auch der Bundeskanzler darauf zählt."[6]

In seiner Regierungserklärung vom 28. 10. 69 distanziert sich Bundeskanzler Brandt zwar verbal von diesen Äußerungen seines Vorgängers mit der Feststellung „Die Schule der Nation ist die Schule"[7], aber sein Verteidigungsminister Schmidt erklärte gleich am ersten Tage seines Amtsantrittes, daß er die von seinen CDU/CSU-Vorgängern Strauß, von Hassel und Schröder betriebene Politik kontinuierlich weiterführen werde. „In diesem Hause kann ich dankenswerterweise, Herr Kollege Schröder, auf eine umfangreiche Vorarbeit zurückgreifen, die Sie und Sie alle, meine Herren, in den letzten Jahren hier geleistet und eingeleitet haben. Wenn auch nur ein Teil bisher in der knappen, Ihnen zur Verfügung stehenden Zeit von nicht ganz drei Jahren hat verwirklicht werden können, so weiß ich doch, daß in diesem Haus viele Pläne und Konzeptionen diskutiert und in Angriff genommen worden sind, deren Wirksamkeit durch den Wechsel an der Spitze nicht berührt wird."[8]

Diese Kontinuität in der Militärpolitik, die kennzeichnend ist für die Kontinuität der gesamten Politik, da sich gerade auf dem militärpolitischen Gebiet, deutlicher als in manch anderen Bereichen, die Interessen und die Ziele der Politik der Regierung eines imperialistischen Staates enthüllen, zeigt besonders auch die Berufung von Ministerialrat Hans-Georg Wieck zum Leiter des Planungsstabes des Ministeriums am 1. 7. 70. Wieck, der damit zum Ministerialdirektor aufstieg, war der langjährige ehemalige persönliche Referent des früheren Verteidigungsministers Schröder (CDU) und wurde nun Nachfolger von Weißbuch-Autor Theo Sommer, der nach halbjähriger Tätigkeit wieder in die Redaktion des Hamburger Wochenblattes „Die Zeit" zurückkehrt, um dort seinen Anteil an der weiteren geistigen Militarisierung der Gesellschaft zu leisten. Solch innige Verbindungen von Bundeswehrführung und Presse hat wohl selbst Schnez nicht zu erträumen gewagt.

Die vergangenen Monate der SPD/FDP-Regierung bestätigen nicht nur die ungebrochene Kontinuität der reaktionären imperialistischen Militär- und Rüstungspolitik, sie zeigen auch, daß Schmidt danach strebt, die Klasseninteressen des westdeutschen Imperialismus auf militärischem Gebiet noch wirkungvoller als die CDU/CSU durchzusetzen.

Das System der politisch-psychologischen Manipulierung der Soldaten wird verstärkt. So schreibt der Aachener Pädagogik-Professor Franz Pöggeler, ein überzeugter Gegner der Baudissinschen Prinzipien der Inneren Führung und unter Schröder lange Zeit Anwärter auf den vakanten Posten des Leiters des Wissenschaftlichen Arbeitsstabes der Schule für Innere Führung, in der halboffiziellen Militärzeitschrift „Wehrkunde": „Es ist klar, daß politische Bildung der Soldaten der militärischen Verwendungsfähigkeit zu dienen hat und daß es nicht nur eine Stärkung der Kampfkraft durch Waffen und Übung im Waffendienst gibt, sondern auch durch Mobilisierung geistiger Kampf- und Abwehrkraft. Wie nötig diese ist, mag man etwa ermessen, wenn man die Gefahr einer inneren Gefährdung der Truppe durch defaitistische Bestrebungen der ‚außerparlamentarischen Opposition' einkalkuliert ..."[9] Dieser verstärkte Prozeß der geistigen Militarisierung kommt auch in der schon zitierten Rede von Schmidt bei der Amtsübernahme zum Ausdruck:

„In den vergangenen 14 Jahren haben Parlament und Regierung unseres Landes sich nach Kräften darum bemüht, dafür zu sorgen, daß die Bundeswehr überall in ihrer notwendigen Funktion gesehen und anerkannt wird. Gleichwohl ist das Ergebnis in dieser Hinsicht bisher noch nicht befriedigend. Hier liegt eine große, von vielen außerhalb der Bundeswehr noch nicht ausreichend erkannte Aufgabe. Ich erwarte und ich hoffe, daß die Ausübung des Oberbefehls durch einen sozialdemokratischen Oberbefehlshaber dazu beizu-

1 DWI-Berichte 4/70, S. 14
2 FAZ 9. 1. 70
3 Schnez-Studie, zit. nach ‚Der Spiegel', 5. 1. 70
4 Brief, zit. nach FAZ, 17. 12. 70
5 Vgl. ‚Der Spiegel', 7. 4. 69 und 14. 4. 69
6 Presseinformation ‚Deutscher Bundeswehr-Verband e. V.", 18. 6. 70
7 Protokoll Dt. Bundestag, 28. 10. 69
8 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 24. 10. 69
9 Wehrkunde 8/69, S. 398

tragen vermag, daß dieser Integrationseffekt sich vervollkommnet – der Integrationsprozeß von Gesellschaft und Bundeswehr, der ja ein gegenseitiger Integrationsprozeß ist."[10]

Mit dieser Äußerung solidarisiert sich Schmidt voll mit den Autoren der Schnez-Studie. Unter der demagogischen Losung der Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft soll die geistige Formierung der Gesellschaft forciert, die Gleichschaltung mit der Bundeswehr vorangetrieben und ein qualitativ neuer Schritt zur Militarisierung aller Lebensbereiche eingeleitet werden. In Schmidts Antrittsrede heißt es unmißverständlich, daß der Integrationsprozeß ein gegenseitiger sein soll. Vorher war immer nur von der Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft geredet worden. Hier entlarvt sich das Integrationskonzept der sozialdemokratischen Führung vollends.

Ziel soll es sein, in der Phase der Anpassung des westdeutschen Bildungswesens an die neuen ökonomisch-technischen und politisch-ideologischen Erfordernisse des kapitalistischen Herrschaftssystems der Bundeswehr die Funktion eines Erziehungsträgers zuzuteilen. Dies entspricht den von der Sozialdemokratie angebotenen Lösungsversuchen der Widersprüche des Systems, die gerade auf dem Bildungssektor deutlich zutage treten. Die „Reform" der Bundeswehr ist gleichzeitig ein Teil der Formierung des gesamten Ausbildungssektors. Über die Institution Bundeswehr soll die durch die wissenschaftlich-technische Entwicklung notwendige höhere Bildung und Qualifikation für immer größere Teile der Bevölkerung, auch für Arbeiterkinder, durch eine verstärkte ideologische Anpassung kompensiert werden. Das Risiko, daß sich durch eine höhere fachliche Qualifikation auch gesellschaftliches Bewußtsein entwickeln könnte, soll durch ein System der psychologischen Manipulierung ausgeschaltet werden. Über die Bundeswehr soll das Erziehungsziel der SPD verwirklicht werden. Bundeskanzler Brandt definierte das sozialdemokratische Leitbild des demokratisch-engagierten systemaktiven Staatsbürgers in seiner Regierungserklärung vom 28. 10. 70 wie folgt:

„Das Ziel ist die Erziehung eines kritischen, urteilsfähigen Bürgers, der imstande ist, durch einen permanenten Lernprozeß die Bedingungen seiner sozialen Existenz zu erkennen und sich ihnen entsprechend zu verhalten."[11]

Dieses Leitbild, das sich in seinen Grundgedanken vom „mündigen Bürger in der Leistungsgesellschaft" der CDU/CSU nicht unterscheidet, zeigt auch große Übereinstimmung mit der Definition von Baudissins Staatsbürger in Uniform:

„Die Erziehung muß führen zu dem hochqualifizierten harten Kämpfer, der sich aus Einsicht ein- und unterordnet, der bereit ist, sich für die Gemeinschaft mit seinem ganzen Sein einzusetzen und sich ihr gegenüber echt verantwortlich fühlt."[12]

Wenn auch im Weißbuch zu lesen ist, daß die Bundeswehr nicht mehr als Institution an der Reform der Gesellschaft teilnehmen kann („Am Prozeß und an der Reform der Gesellschaft sollen und können alle Staatsbürger mitwirken, auch die Soldaten – nicht aber hat die Bundeswehr als Institution hier eine Aufgabe")[13], so bleibt zum ersten die Frage offen, in wessen Interesse die Gesellschaft reformiert werden soll, und zum zweiten beweisen die unter Schmidt eingeleiteten Maßnahmen sehr wohl, daß die Bundeswehr als Institution zur Formierung der Gesellschaft beitragen soll.

Weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit ist das gesamte Bildungs- und Ausbildungswesen der Bundeswehr umstrukturiert worden, um so die ideologische Formierung der Soldaten wie auch der Gesellschaft zu intensivieren.

Die Schule für Innere Führung in Koblenz wurde faktisch aufgelöst, wenn sie auch aus politischen Gründen als Institution formal bestehen bleibt. Dafür ist der Wissenschaftliche Arbeitsstab, der schon 1969 nach Heide/Siegburg ausgegliedert wurde, um „die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre institutionell zu sichern" und um dem Arbeitsstab „ein größeres Tätigkeitsfeld im Rahmen aller Bildungsinstitutionen der Bundeswehr einzuräumen, zu einem selbständigen ‚Wissenschaftlichen Institut für Erziehung und Bildung in den Streitkräften' erweitert".[14] Als sein Direktor wurde der Frankfurter Politologe Prof. Ellwein berufen. Unter seiner Leitung wurde ebenfalls eine „Kommission für Bildung und Ausbildung" gegründet, die die Aufgabe hat, neue Bildungs- und Ausbildungsgänge zu entwerfen, und die nach den Worten des Generalinspekteurs General de Maizière „auf manchem Gebiet wegweisend für den zivilen Bereich werden soll".[15]

Bezeichnend für die enge Verflechtung zwischen der Bundeswehrführung und anderen gesellschaftlichen Bereichen ist die Zusammensetzung dieser Kommission. So gehören ihr Vertreter des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft an und Vertreter der großen öffentlichen Bildungs- und Ausbildungsbereiche, die allesamt zum reaktionären Bund „Freiheit und Wissenschaft" gehören, außerdem die Inspekteure der Teilstreitkräfte oder ihre Stellvertreter, ferner ein „junger Truppenoffizier, ein Fachoffizier und ein Unteroffizier auf Zeit".[16]

Neu ist auch das Amt des „Beauftragten für Erziehung und Bildung beim Generalinspekteur der Bundeswehr". Auf diesen Posten wurde am 1. 8. 70 Brigadegeneral Karl Hermann Friedrich vom Führungsstab der Streitkräfte berufen. Friedrich hat enge Bindungen an die CDU und hat während seiner früheren Tätigkeit eng mit der Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise, einer inzwischen eingegangenen CDU-Tarnorganisation, zusammengearbeitet. Ihm fällt nun die Aufgabe zu, „die Erziehung und Bildung in allen drei Teilstreitkräften zu vereinheitlichen und zu intensivieren, ... und das innere Gefüge der Streitkräfte zu beobachten".[17]

Gleichzeitig wurden die Bezeichnungen für Generale und Admirale für Erziehung und Bildung in den Teilstreitkräften in „General/Admiral für Offizier- und Unteroffizierausbildung" umgeändert.[18]

Besondere Bedeutung kommt der Intensivierung der „politischen Erziehung" der Soldaten zu. In den Militärzeitschriften „Wehrkunde" und „Truppenpraxis" wird schon seit langem die „Diskussion" über die „Politische Bildung in den Streitkräften" verstärkt geführt. In der letzten Nummer der „Wehrkunde" darf ein „junger Offizier" den Stand der Diskussion über die bildungspolitische Rolle der Bundeswehr aufzeigen: „Es scheint müßig zu betonen, daß sie (die Bundeswehr) keinesfalls die und nur die Schule der Nation ist, zweifellos aber ist sie eine Schule – unter anderen. Sie nimmt erstens die Aufgabe der politischen Bildung wahr, schult zweitens Spezialisten vieler Berufe für unsere Wirtschaft und beeinflußt drittens mittelbar die Auseinandersetzung mit linken und rechten Extremisten.

... Zum militärischen Aspekt tritt ein politisch-gesellschaftlicher. Bildungsinhalte und konkrete Ausbildungsziele orientieren sich jeweils am politischen System, am technologischen Entwicklungsstand und an aktuellen Erfordernissen. So kann in einer bestimmten historischen Lage die ideologische Erziehung der Soldaten im Vordergrund stehen, in anderen Situationen die technisch-handwerkliche Schulung, in anderen wieder die körperliche Ertüchtigung.

Vor allem in Wehrpflichtheeren stellen sich Aufgaben der politischen Bildung. Die effektive Erfüllung des militärischen Auftrags erfordert nicht nur leistungsfähige Waffen und gut ausgebildete Soldaten, sondern auch moralische Qualitäten. Kampfkraft setzt Wehrwillen voraus. Ihn zu wecken, ist wesentliches Ziel soldatischer Erziehung.

Auch in einer Demokratie kann auf die geistigen Grundlagen der Schlagkraft nicht verzichtet werden, schon weil es unsinnig wäre, viel Geld in eine kampfunwillige Truppe zu investieren. Wichtigstes Wehrmotiv für den demokratischen Bürger ist die Überzeugung, daß Recht und Freiheit verteidigungswert sind. Während seiner Wehrdienstzeit sollen ihm diese Werte lebendig vermittelt werden.

Eine Gesellschaft, die an ihrer Selbsterhaltung interessiert ist, wird sich mehr oder weniger engagiert an der Erziehung zur Wehrhaftigkeit beteiligen, schon um mögliche konvergente Entwicklungen innerhalb der Armee im Keime zu ersticken."[19]

Und wie in vielen Artikeln vorher wird die „eminent integrierende Wirkung des Wehrdienstes" in Israel als beispielhaft dargestellt, wo die „ZAHAL zu einem entscheidenden, über das Militärische weit hinausgehenden Volkserziehungsfaktor" geworden sei.[20] „Erziehung der Soldaten im zionistischen und nationalen Geist, in der Tradition der Haganah und der Kibbuz-Bewegung, um so die Einwanderer aus allen Teilen der Welt zu einer Gemeinschaft zusammenzuschmelzen."[21]

Am Beispiel USA zeigt der Verfasser dann auf, daß auch die Bundeswehr Lieferant

10 Pressebulletin, 24. 10. 69

11 Protokoll Dt. Bundestag, 28. 10. 69
12 Baudissin, ‚Soldat für den Frieden', zit. nach FR 13. 8. 70
13 Weißbuch 1970, S. 120
14 Weißbuch 1970, S. 123

15 Schlußreferat auf der 16. Kommandeurtagung, zit. nach Wehrkunde 8/70
16 Ebenda
17 Weißbuch 1970, S. 124
18 Wehrkunde 8/70

19 Wehrkunde 10/70, S. 526
20 Wehrkunde 4/70, S. 192
21 Wehrkunde 10/70

der wissenschaftlich qualifizierten Kader für die Industrie werden soll. „Da die hier erworbenen Kenntnisse angesichts des universalen Charakters der heutigen Technik auch im zivilen Bereich anwendbar sind, profitiert die gesamte Volkswirtschaft von diesem militärischen Ausbildungsaufwand ... Die Armee wird dadurch zu einem wichtigen Kanal für soziale Mobilität und eröffnet bisher ungenutzte Möglichkeiten für eine konzertierte Bildungspolitik."[22]

Und in bester Demagogie beweist der Verfasser dann „den volkswirtschaftlichen Gewinn" einer solchen konzertierten Bildungspolitik, der doch offensichtlich sei, „insonderheit dann, wenn man von der gegenwärtigen Situation unseres Bildungswesens ausgeht, das, ohne vorhergehende Reform, nicht in der Lage ist, die quantitativen und qualitativen Forderungen des wissenschaftlich-technischen Zeitalters zu erfüllen. Es fehlt an Wissenschaftlern, Lehrern, Ärzten, Ingenieuren. Die Streitkräfte können nun ohne weiteres helfen, diesen Modernitätsrückstand aufzuholen, indem sie in großem Maße Schüler, Bäcker, Friseure, Bergleute und Bauern zu Triebwerksmechanikern, Programmierern ... umschult. Der Verfasser schlußfolgert dann, es sei „leicht einzusehen, daß die Industrie und damit die gesamte Volkswirtschaft von dieser Ausbildungshilfe profitieren, nicht zuletzt finanziell, aber auch ideell.

Ausbildungskapazität wird eingespart und kommt der Produktion zugute. Die Höhe des Gewinns hängt von der Anzahl der ausgebildeten Männer pro Zeiteinheit, von der Struktur der beruflichen Differenzierung in den Streitkräften und von der Qualität der militärischen Ausbildung ab.

Die Wirtschaft hat deshalb allen Grund, sich für die Ausbildung des Soldaten zu interessieren, und zwar sowohl hinsichtlich der pädagogischen Intensität als auch hinsichtlich der bildungspolitischen Konzeption. Es läßt sich zeigen, daß Umfang, Inhalt, Dauer, Methodik und Systematik der militärischen Ausbildung und Tätigkeit direkt die von der Industrie bereitzustellende Ausbildungskapazität beeinflussen".[23]

Diese Argumentation ist ein Beweis dafür, wie die herrschende Klasse versucht, durch die öffentliche Anprangerung von nicht mehr herunterzuspielenden Mißständen über deren wahre Gründe hinwegzutäuschen und die Unterstützung der Bevölkerung für solche Lösungsversuche zu finden, die einzig dem Interesse der Monopolbourgeoisie dienen.

Nachdem der Verfasser noch die Funktion der Bundeswehr als Instrument der Systemsicherung hervorhebt („In der Auseinandersetzung mit Kräften, die Bewußtseinshaltungen und Gesellschaftsordnungen revolutionär verändern wollen, wird der Soldat immer auf der Seite des Bestehenden und Bewahrenden zu finden sein"[24]), zieht er schließlich folgendes Resümee:

„Die bildungspolitischen Funktionen und erzieherischen Einflüsse der Armee eines demokratischen Staates lassen sich offenbar nur dann objektiv beurteilen, wenn man die vertraute ideologische – militärische oder antimilitärische – Brille ablegt und sich vom Trauma der Vergangenheit befreit. Die Armee offenbart sich dann als einer von vielen Erziehungsträgern mit ganz bestimmten zeitgemäßen Aufgaben. Sie ist genausowenig die alleinige Schule der Nation, wie Elternhaus, Volksschule, Beruf, Universität, Kirche, Fernsehen, Presse, politische Parteien oder außerparlamentarische Gruppen. Alle zusammen machen in unserem Land den Bürger; hoffentlich den mündigen. Die Streitkräfte eines modernen Industriestaates erfüllen, zumindest potentiell, die wichtigen Funktionen

- eines Korrektivs für fehlende und überholte Ausbildung,
- eines Regulativs bei strukturellen Änderungen,
- eines Kanals für sozialen Aufstieg,
- eines Ventils für den Arbeitskräftemarkt.

Sie nehmen damit Aufgaben wahr, deren Lösung angesichts der heutigen Bildungsmisere dringlich ist."[25]

Dieser Artikel ist kein Einzelfall. In zahlreichen anderen Artikeln in den Militärzeitschriften und der übrigen bürgerlichen Presse und in entsprechenden Passagen im Weißbuch 1970 lassen sich die gleichen Gedanken wiederfinden. Und es ist kein Zufall, wenn der Pädagoge Fritz Pöggeler, Mitglied des Beirats für Innere Führung beim Bundesministerium der Verteidigung, folgert: „Der politischen Bildung schadet nichts mehr als die ‚08/15-Methode'. Politische Einsichten, auch wenn es bloße Informationen sein sollen, lassen sich nicht routinemäßig ‚mitteilen' und ‚weitergeben'. Die Transformation, die hier geschehen muß, ist eine Angelegenheit des attraktiven Überzeugens.

Da man diese Anforderung nicht an jeden Kompaniechef stellen kann, sind Spezialisierung und Arbeitsteilung nötig. Der eine Offizier spezialisiert sich besonders auf diese, der andere mehr auf jene Tätigkeit, freilich im Rahmen einer allgemeinen Verwendungsfähigkeit. Den Typ des Lehroffiziers werden die Erfordernisse der nahen Zukunft klarer profilieren, als es sich heute manche Kritiker träumen lassen."[26]

Konkrete Pläne für die Gründung von bundeswehreigenen Universitäten, die auch schon gesetzlich abgesichert sind, liegen bereits vor. Initiator ist Prof. Ellwein, der schon am 13. 6. 70 in einem Gespräch mit der „Frankfurter Rundschau" seine Vorstellungen erläuterte: „Sein Plan, der voll von der politischen Führung gestützt werde, sei es, künftig jedem Offizier ein abgeschlossenes Fachhochschulstudium zu vermitteln. Die Bundeswehr werde mindestens zwei eigene Fachhochschulen aufbauen, in denen die angehenden Offiziere vor allem in den naturwissenschaftlichen Fächern ausgebildet werden sollen. ‚Wenn wir allen Offizieren ein Studium oder den Abschluß einer Verwaltungsfachhochschule garantieren können, wird der Offizierberuf wieder attraktiv für junge Leute, das Fehlen von Offizieren wird beseitigt.' Wie im einzelnen die Fachhochschulen der Bundeswehr konzipiert würden, hänge noch von Verhandlungen mit den Länderkultusministerien ab. Sicher sei nur, daß er sein Programm ohne Mehrkosten im Verteidigungshaushalt verwirklichen könne."

Die Kerngedanken für die Militärhochschulen sind schon im Weißbuch 1970 entwickelt worden. Unter der demagogischen Losung der „Wehrgerechtigkeit" wird gefordert, daß die Bundeswehr „ihre Berufsbilder, ihre Bildungs- und Ausbildungsgänge so gestalten (muß), daß die Soldaten daraus für ihren beruflichen Werdegang innerhalb der Bundeswehr und ebenso später im zivilen Leben den größtmöglichen Nutzen ziehen. Dies dient gleichzeitig der Effektivität der Bundeswehr und der Attraktivität der soldatischen Laufbahnen. Ausbildungsgänge und Abschlüsse im gesamten militärischen Bereich sollen soweit wie möglich denen des zivilen Bereichs entsprechen. Ziel ist die unmittelbare zivilberufliche Anerkennung des militärischen Fachlehrgangs oder die Anerkennung nach erfolgreichem Besuch eines Ergänzungslehrgangs im Rahmen der dienstzeitbeendenden Ausbildung".[27]

Wie die Ausbildung der Militärstudenten aussehen wird, entwickelt Klaus v. Schubert in „Wehrkunde" 7/70:

„Kernstück der Ausbildung wird ein berufsbezogenes Studium von ca. drei Jahren. Dieses Studium wird in ein Fundamentalstudium und ein militärfachliches Spezialstudium von je etwa vier Semestern oder Trimestern unterteilt und schließt mit einer Graduierung ab. Die Offiziersausbildung erhält Hochschulcharakter, die Offiziersschulen erhalten den Status von Fachhochschulen und die Bezeichnung ‚Militärhochschule'. Die Militärhochschulen stehen unter der Regie des Bundesministeriums der Verteidigung und in wissenschaftlicher Hinsicht in Verbindung mit der Gesamthochschule. Entsprechend der Einteilung in Kurzstudium (Ausbildung für praktische Berufe) und Langstudium (Ausbildung zum Wissenschaftler) handelt es sich bei dieser Ausbildung um ein Kurzstudium. Am Ende jedes Teilabschnitts steht eine Prüfung, die Summe der Teilabschlüsse ergibt die Qualifikation zur Graduierung. Die Lehrpläne sind so zu gestalten, daß die Graduierungen von den Kultusministern für den zivilen Bereich anerkannt werden."[28]

Um den angesprochenen Lehrverbund zu gewährleisten, sollen die Militärhochschulen in unmittelbare Nähe zu Gesamthochschulen verlegt werden. Standort für die technischen Fakultäten soll München (wegen der Nähe zu den Rüstungskonzernen), für die nichttechnischen Fakultäten Hamburg werden. Um in unmittelbarer Nähe zu den zivilen Hochschulen und deren Forschungseinrichtungen zu sein, soll auch das Ellwein-Institut von Heide nach München verlegt werden.

Den Konzeptionen der Militärhochschulen wird auch in den Entwürfen für ein Hochschulrahmengesetz Rechnung getragen. Bei Leussinks „Thesen zum Entwurf eines Hochschulrahmengesetzes" war es die These Nr. 1, bei den neuen Entwürfen ist es der § 56, durch die die Umwandlung der Militärakademien in Universitäten ermöglicht wird.

Schon im „Vorschlag der DKP zur Hochschulreform" wird warnend darauf hin-

22 Wehrkunde 10/70
23 Wehrkunde 10/70

24 Wehrkunde 10/70
25 Wehrkunde 10/70

26 Wehrkunde 8/69, S. 396

27 Weißbuch 1970, S. 130
28 Wehrkunde 7/70, S. 370

gewiesen, daß mit der Bundeswehr das Instrumentarium geschaffen werden soll, „um die Wissenschaft inhaltlich, strukturell und personell zu formieren. Für alle verpflichtend wird der Wehrdienst als Schule der politischen und ideologischen Ausrichtung der Studienzeit vorgeschaltet. Schon liegen Pläne in den Schubladen, um über ein Fernstudium das wissenschaftliche Studium mit einer militärischen Ausbildung zu koppeln, um der Bundeswehrführung untergeordnete eigene Universitäten zu schaffen. Die Bundeswehrschule als Schule der Nation, das ist ihr Ziel".[29]

Zum Fernstudium steht im Weißbuch: „Für wehrpflichtige Abiturienten soll die Möglichkeit eines Fernstudiums geschaffen werden, damit sie sich bereits während der Dienstzeit auf das beabsichtigte Hochschulstudium vorbereiten können. Seit April 1970 können Soldaten ihr erstes und zweites Semester an dem mit insgesamt 56 halbstündigen Folgen in den Abendstunden gesendeten ‚Quadriga-Funkkolleg' belegen, das mit einer Einführung in die moderne Mathematik beginnt. Die gesamten Ausbildungskosten dafür trägt der Berufsförderungsdienst. Zur Anschaffung des Lernmaterials, das Eigentum der Teilnehmer wird, kann auf Antrag ein erheblicher Zuschuß gewährt werden. In den Standorten des Sendebereichs dieses Kollegs werden ‚Studienbegleitzirkel' gebildet."[30] Auch hierfür bietet das Hochschulrahmengesetz die gesetzliche Grundlage.

Wie eng die Verflechtung von Wirtschaft, Bildungswesen und Bundeswehr schon ist, wird deutlich, wenn Schnez im April 1970 in einem Vortrag vor der „Atlantischen Gesellschaft" erklärt, „die Bundeswehr stellt heute den einzig wirklich funktionierenden zweiten Bildungsweg dar".[31] Oder wenn im Weißbuch 70 zu lesen steht: „Die Bundeswehrfachschulen und der Berufsförderungsdienst der Bundeswehr haben sich zu einem quantitativ bedeutsamen zweiten Bildungsweg entwickelt. Ihre Erfahrung in allen Bereichen der Ausbildung, Fortbildung und Umschulung von Erwachsenen haben deshalb auf das Arbeitsförderungsgesetz und das Ausbildungsförderungsgesetz – beide aus dem Jahre 1969 – beispielhaft eingewirkt."[32] Dies wird auch deutlich, wenn Otto A. Friedrich von der „Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände" in einer Festschrift zum zehnjährigen Bestehen des Berufsförderungsdienstes der Bundeswehr schreibt: „Wir in der Wirtschaft wissen es wohl zu schätzen, daß die Bundeswehr mit Hilfe dieses Dienstes Soldaten nach abgeleisteter Dienstzeit fachlich qualifizierter und mit einer erweiterten und vertieften Allgemeinbildung in einen Zivilberuf entläßt. Die Öffentlichkeit sollte erkennen, daß die Bundeswehr mit dieser Arbeit einen überzeugenden Beitrag zur Integration ihrer Soldaten in die Gesellschaft leistet. Ein weiterer Ausbau dieses Förderungswerkes kann allseits nur begrüßt werden."[33]

In gleicher Weise äußert sich auch Helmut Schmidt, wenn er in dem Grußwort für dieselbe Festschrift feststellt, er sehe „in einem weiteren Ausbau der Berufsförderung auch eine sehr gute Möglichkeit, die Soldaten in die friedensorientierte Industriegesellschaft zu integrieren".[34]

Ein anderer Aspekt der geistigen Militarisierung der westdeutschen Gesellschaft soll hier nur kurz angerissen werden. Die Bundeswehr hat ein reichhaltiges Instrumentarium entwickelt, um in die Gesellschaft hineinzuwirken. Das geschieht besonders durch die „Gesellschaft für Wehrkunde", das sollte für den Hochschulbereich durch den „Ring Wehrpolitischer Hochschulgruppen" erreicht werden.

Diese Hochschulorganisation wurde 1967 gegründet. „Seit seiner Gründung verstand sich der RWPH als pressure group in Sachen Wehrwissenschaft, die die ‚Vergesellschaftung der Abwehr' und ‚Verwissenschaftlichung des Militärs' forderte."[35] Diese Organisation löste sich jedoch 1969 wieder auf. Dagegen weist die „Gesellschaft für Wehrkunde" eine immer größere Aktivität auf. Ihr besonderer Schwerpunkt liegt seit kurzem auf der Arbeit im Ausbildungsbereich, wo sie sogenannte Forumsgespräche „Schule und Verteidigung" und besonders auch Pädagogentagungen durchführt, an denen Lehrer, Schüler, Beamte der Kultusministerien und Ausbildungsoffiziere teilnehmen. Die GfW verfolgt damit das Ziel, „bei Pädagogen und Schülern das Verständnis für die Notwendigkeit der Landesverteidigung zur Erhaltung des Friedens zu wecken und zu vertiefen und die Aufmerksamkeit auf die Gefahren der psychologischen Kampfführung und ihrer dringend notwendigen Abwehr zu lenken".[36]

Welchen Erfolg die militärischen Kreise damit haben, zeigt der Erlaß des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultur über politische Bildung vom 2. 7. 70, der in der Zeitschrift „Wehrkunde" lobend erwähnt wird. In ihm wurden alle bayerischen Gymnasien darauf aufmerksam gemacht, „daß die Thematik der inneren und äußeren Sicherheit, der NATO, der Bundeswehr, der Wehrpflicht und der Kriegsdienstverweigerung, der Landesverteidigung und des Friedens Gegenstand des Sozialkundeunterrichts sein soll. Als wesentliches Erziehungsziel wird genannt, junge Menschen zu Staatsbürgern zu erziehen, die für diesen Staat und seine freiheitlich demokratische Ordnung einzutreten bereit sind. In diesem Zusammenhang sei die Bundeswehr als eine staatspolitisch bedeutsame Einrichtung zu würdigen. Es wird dann auf die Mitarbeit der Jugendoffiziere zur Unterrichtung in Sachfragen hingewiesen. Das Ministerium würde es für bedauerlich halten, wenn Aussprachen mit der Bundeswehr aus Furcht vor Schwierigkeiten mit radikalen Schülerminderheiten nicht zustande kämen. Umfassende Information und Einsicht seien Voraussetzung der Wahlmündigkeit, der gesellschaftlichen und politischen Reife".[37]

29 ‚Für die Demokratische Hochschule', Vorschläge der DKP zur Hochschulreform, S. 19
30 Weißbuch 1970, S. 136
31 Zit. nach ND, 26. 4. 70
32 Weißbuch 1970, S. 136
33 ‚Aufstieg', 10 Jahre Berufsförderungsdienst der Bundeswehr
34 Ebenda
35 Wehrkunde 1/70, S. 9
36 Wehrkunde 4/70
37 Zit. nach Wehrkunde 8/70

Neuerscheinung **facit Reihe 4**

120 Seiten DM 4,–

PROLETARIAT UND KUNST

Expressionismus und Realismus

Materialien zur Theorie – Praxis einer antiimperialistischen Literatur und Kunst

F. W. Plesken und G. Peters

Gesellschaft, Künstler und Kommunismus

Wieland Herzfelde

Inhaltsverzeichnis

Einleitung F. W. Plesken: Imperialismus, Faschismus und Volksfront – Zur Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft im Deutschland des 20. Jahrhunderts

Kapitel I F. W. Plesken: Expressionismus, Imperialismus und Faschismus – Die Bloch-Lukács-Kontroverse

Kapitel II Günter Peters: Realismus und Klassenkampf – Die Brecht-Lukács-Kontroverse

1. Brechts Stellung zum Expressionismus
2. „Das Typische" als Leitfaden einer Explikation des Realismusbegriffs bei Lukács und Brecht
3. Brechts Realismusbegriff

Kapitel III F. W. Plesken: Basis und Überbau – Georg Lukács und das Problem einer marxistisch-leninistischen Literaturtheorie

1. Zur Klärung einiger Grundbegriffe des historisch-dialektischen Materialismus
2. „Kritischer" oder Sozialistischer Realismus – Zum Revisionismus bei Georg Lukács
3. Ansätze zu einer marxistisch-leninistischen Theorie der Kunst

Friedensforschung als Kriegsforschung

Fred Schmid

Mit zunehmender westdeutscher Hochrüstung und Verstärkung der Rolle der Bundeswehr in der NATO bleibt der Prozeß der Militarisierung der Wissenschaften gerade unter dem Gesichtspunkt der Militärstrategie, der Manipulierung des Kriegs- und Feindbildes nicht auf die naturwissenschaftlichen Fächer beschränkt, sondern erfaßt zunehmend gesellschaftswissenschaftliche Disziplinen wie Soziologie, Politologie, Psychologie, Geschichte, Ökonomie (Operations Research) und Auslandswissenschaften (insbes. DDR- und Osteuropa-Forschung).

Ein Musterbeispiel für diese Tendenz ist das geradezu hektische Bemühen der bürgerlichen Presse und der Exponenten des westdeutschen Imperialismus, auf Inhalt und Ausrichtung der Friedensforschung Einfluß zu nehmen, sie in ihrem demokratisch-humanistischen Ansatz zu pervertieren und in ihr Expansionskonzept einzuordnen.

I.

Im Gegensatz zu demokratisch-humanistischen Forschern, wie z. B. Krippendorff, Senghaas, Myrdal, die nach gesellschaftlichen Ursachen, Faktoren und Motiven von Kriegen und Wegen zu deren Verhinderung suchen, soll sich die Friedensforschung nach den Vorstellungen der Herrschenden „praxisnahe Fragen stellen" (FAZ, 22. 1. 70), d. h. die Techniken zur Regulierung akuter weltpolitischer Krisen und innenpolitischer Konfliktsituationen liefern (vgl. Welt, 3. 3. 70). Sie wollen Friedensforschung ausdrücklich auf Konfliktforschung reduziert wissen, was sie dann als „realistische Richtung" ausgeben. So auch der Wissenschaftsrat in seinen vor kurzem verabschiedeten Empfehlungen zur Förderung der Friedensforschung. „Im Mittelpunkt ihres (der Friedensforschung – F. S.) wissenschaftlichen Bemühens steht deshalb die Konfliktforschung, eine Unterdisziplin, die sich mit der Beschreibung und Analyse von Konflikten verschiedener Arten befaßt und Schlüsse für eine Voraussage des Ausgangs (!) und für Lösungsmöglichkeiten zu ziehen versucht." (Pressedienst Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft [BMWF], 8. 7. 70.) Forschungsziel dieser „realistischen Richtung" sind die Bedingungen des „negativen Friedens", definiert als die Abwesenheit von Krieg. „Diese Friedensforschung beschäftigt sich mit Arms Control, Abschreckungsstrategie, Krisenmanagement etc.", schreibt Reservehauptmann der Bundeswehr, Mechtersheimer, in dem offiziösen Organ des Verteidigungsministeriums, „Wehrkunde" (Nr. 1/70).

Nimmt man noch die Forderung der FAZ hinzu, „die Friedensforschung solle untersuchen, ‚Warum brachen Kriege aus, wie konnte man sie begrenzen und beendigen'", so wird deutlich, wie die Friedensforschung von den Herrschenden in die militärische Strategie des „flexible response" eingepaßt wird. Diese Militärstrategie der NATO und der Bundesregierung sieht in Ergänzung mit der „Vorneverteidigung" (Vorwärtsverteidigung) die Möglichkeit von begrenzten, konventionellen Vorstößen – unterhalb der Atomschwelle –, nach Art der israelischen Blitzkriegsstrategie auch für Europa vor, insbesondere gegenüber der DDR. Da die Drohung mit dem Atomschlag bestehen bleiben soll – nukleare Waffen sind gegenwärtig ein unverzichtbares Mittel zur Abschreckung (Weißbuch 1970, S. 40) –, forderte Helmut Schmidt bereits in der Bundestagssitzung vom 6. 12. 67, „daß auch in der Bundesrepublik Deutschland eine eigene politische Führungsfähigkeit und eine Fähigkeit für Krisenmanagement und – bei einer weiteren Erosion von Bündnis und NATO – die Fähigkeit entwickelt werden muß, in allen Situationen selbst handlungsfähig zu bleiben". (Zit. nach Gunnar Matthiessen, „Zur Rolle der SPD im Spätkapitalismus", facit Nr. 20.)

So gesehen ist es nur folgerichtig, wenn Mechtersheimer feststellt, daß „zwischen Militärwissenschaft und realistischer Friedensforschung kein prinzipieller Gegensatz" besteht (Wehrkunde 1/70, S. 8). Und noch deutlicher: „In Fragen der Bewaffnung, Rüstung, Militärsoziologie etc. ist die Militärwissenschaft notwendige Grundlage jeder sinnvollen Friedensforschung. Eine Kooperation würde auch der Militärwissenschaft wertvolle Impulse geben" (a. a. O., S. 8). Wissenschaftsminister Leussink ist offensichtlich bereit, einer solchen Pervertierung der Friedensforschung zur Hilfswissenschaft bei der militärischen und vor allem psychologischen Kriegsvorbereitung zuzustimmen. Auf die Frage nach einer Abstimmung von Friedensforschung auf die „Verteidigungsanstrengungen" erklärte er: „Ich bin fest davon überzeugt, daß der Minister der Verteidigung sich für diese Sachen sehr interessieren wird." (SZ-Interview, 10. 11. 69.)

II.

Neben dem Verteidigungsministerium, „will auch das Innenministerium mit von der Partie sein" (Christ u. Welt, 6. 7. 70). Das wird verständlich, wenn man sich die Antworten des Staatssekretärs im Wissenschaftsministerium, Klaus von Dohnanyi, im Bundestag auf die Frage „Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung über die Nutzbarmachung der Friedensforschung für die Arbeit der Bundesregierung?" anhört. Dohnanyi: „Neben der Sicherheitspolitik kann Konfliktforschung auch Integrationsprozessen, der Entwicklungspolitik, aber auch innenpolitischen Fragestellungen zugewandt sein." (Pressedienst BMWF, 18. 3. 70.) Noch deutlicher formuliert diese Zielstellung Ingo Hermann in der Zeitschrift „Publik" (23. 1. 70): „Eine nationale Institution, die alle Entscheidungen und Entwicklungen auf ihren Gehalt an Konfliktstoff testen würde, könnte zudem ein neues Bewußtsein dafür schaffen, daß fast alle innenpolitischen Konflikte rechtzeitig erkennbar sind, daß entsprechende Regelungsmaßnahmen getroffen werden können und daß jeder, der dies unterläßt, wider besseres Wissen handelt." Friedensforschung entpuppt sich hier als eine „Wissenschaft" zur prophylaktischen Aufstandsbekämpfung, der Pazifierung bei sozialen Konflikten (Streik, Lohnkämpfe) und des inneren Krisenmanagements im militärischen Konfliktfall – sie erhält Komplementärfunktion zur Notstandsverfassung.

Die wohl reaktionärste Ausprägung dieser Art von Friedensforschung ist für die von Bonn und der Wirtschaft finanzierte Westberliner „Wissenschaftszentrum G.m.b.H." geplant. Zu den Gesellschaftern gehören 8 Vertreter der CDU/CSU neben Felix v. Eckehardt, Johann Baptist Gradl, vor allem die Industrievertreter Pohle (Flick-konzern), Prof. Balke (ehemals Präsident der Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, BDA); Horten (Vors. d. CDU-Wirtschaftsrats) und Prof. Stein (Präsidialmitglied des BDS), 7 Sozialdemokraten (darunter Egon Franke, Gerhard Jahn, anfangs auch Alex Möller) und 1 FDP-Vertreter. Neben einem „Internationalen Institut für Management und Verwaltung" ist hier als zweites Projekt ein „Internationales Institut für Friedens- und Konfliktforschung" vorgesehen und z. T. eingerichtet. Wie sehr das Forschungsziel auf die Bewahrung der bestehenden Machtverhältnisse in Wirtschaft und Gesellschaft ausgerichtet ist, zeigt sich am Institutsprogramm: Das Institut „will nicht die Ursachen der menschlichen Konflikte oder aggressiven Verhaltens" ergründen, sondern einzig Hilfen „für die politische Praxis" liefern. „Die wesentliche Frage ist . . ., wie können die Einsichten und Voraussagen der Forschung so dargeboten werden, daß wirksame und handlungsfähige Gruppen (nicht z. B. unterdrückte und am Handeln verhinderte Gruppen – S. L.) der Gesellschaft in die Lage gesetzt werden, den Stand der gesellschaftlichen Probleme zu erkennen und zu handeln, bevor eine Krisensituation eingetreten ist." (Aus dem Institutsprogramm, zitiert nach Stephan Leibfried, in Frankfurter Rundschau vom 24. 4. 70.) Aber auch die Hilfestellung für die militär- und außenpolitische Expansionsstrategie fehlt im Institutsprogramm nicht. So sind weitere Untersuchungsobjekte: „Nach Ulbrichts Tod brechen in der DDR Richtungskämpfe offen aus und leiten eine ‚Tauwetterperiode' ein", oder die Frage: „In welchen kommunistischen Staaten sind Aufstände oder innere Unruhen wahrscheinlich?" (zit. nach Extra-Dienst, 25. 4. 70, und ‚Spiegel' Nr. 16/1970).

Der bekannte Friedensforscher Johan Galtung (International Peace Research Institut Oslo), der als „Paradepferd" und demokratisches Aushängeschild für dieses Institut vorgesehen war, hat sich in einem Brief von der Unternehmer-Uni distanziert. Darin heißt es u. a.: „Ich finde, das gesamte Konzept ist am Law-and-Order-Prinzip orientiert, das längst von den Forschern auf diesem Gebiet als überholt angesehen wird." Für ihn sei Frieden im Sinne der Friedensforschung nicht nur das

Fehlen von direkter Gewalt, sondern auch das Fehlen „struktureller Gewalt, die in die Sozialstruktur eingebaut ist und die Lebenschancen von wenigen begünstigt, die der Mehrheit aber verringert. Die Gewalt in einer ungerechten, auf Ungleichheit basierenden Gesellschaft ist ebenso real wie die Gewalt auf den Schlachtfeldern". Und weiter: „Zusätzlich zu dieser einseitigen Beschäftigung mit der direkten Gewalt bemerke ich auch eine höchst traditionelle Kalte-Kriegs-Orientierung beim Herangehen an den Ost-West-Konflikt." (Zitiert nach Extra-Dienst, 27. 6. 70.)

III.

Eng verbunden mit der Konfliktforschung als Hilfswissenschaft für das militärische und soziale Krisenmanagement der Herrschenden ist die apologetische Funktion der reaktionären Friedensforschung. Sie soll die aggressive Politik nach außen verschleiern und die gigantische Rüstungsmaschinerie gegenüber der Öffentlichkeit theoretisch begründen. So hat z. B. das „Friedensinstitut Stiftung, Wissenschaft und Politik" bei München, unter der Leitung von Nazi- und NATO-General a. D. Hans Speidel, seit seinem Bestehen wenig mehr getan, als den Widerstand der Bundesregierungen gegen Entspannungsbemühungen wie den Atomwaffensperrvertrag „wissenschaftlich" abzusichern und mit Argumenten zu versehen.

Nach innen dient diese „Friedensforschung" der Manipulierung des Kriegsbildes und der geistigen Mobilmachung der Bevölkerung; sie versucht, die militärischen Drohsysteme und die damit verbundenen gewaltigen Rüstungslasten zu rechtfertigen. So klagt Mechtersheimer in dem bereits erwähnten Artikel „Friedensforschung und Militärwissenschaft": „Heute hat die Gewöhnung an den nahezu 25jährigen Zustand des Nichtkriegs in Europa mancherorts in der Bundesrepublik einen pazifistischen Nachholbedarf freigelegt. Die Abwehrbereitschaft der Bevölkerung sei dadurch erlahmt, die aber ihrerseits eine wesentliche Voraussetzung für eine funktionierende Abschreckung ist. ... Eine Ursache für eine Bewußtseinsänderung in der Bevölkerung liegt in einem falschen Kriegsbild der Öffentlichkeit. Es ist nachgerade eine Pflichtübung geworden, zu betonen, daß der Krieg kein Mittel der Politik mehr sei ... Zwischen militärischer Notwendigkeit und öffentlicher Meinung bestand Identität, solange die Bevölkerung der Bundesrepublik betont antikommunistisch eingestellt war. Heute hat sich diese Haltung in einem gewissen Maße verflüchtigt, und es werden die Mängel des nur emotionalen Antikommunismus sichtbar, der zerfällt, wenn Bedrohung nur noch rational erfaßt werden kann." (Wehrkunde 1/70, S. 6.)

Gefordert wird deshalb eine „Friedensforschung in enger Nachbarschaft zur Militärwissenschaft" (S. 7), die nicht „in die Sackgasse des naiven Pazifismus gerät" (FAZ, 28. 1. 70), sondern die Notwendigkeit und den friedlichen Charakter westdeutscher Waffensysteme klarlegt, denn: „Nicht besonders die Regionen, die unter den ‚Drohsystemen' leben, litten im letzten Vierteljahrhundert unter dem Krieg, sondern vornehmlich jene in der Dritten Welt, wo es keine oder zuwenig Abschreckung gab." („Friedensforschung mit Haken", FAZ, 28. 1. 70.) Aus dieser Einstellung ergibt sich die Polemik der bürgerlichen Presse gegen humanistische Friedensforscher, die als „utopisch" abqualifiziert werden. Es muß für die Herrschenden in der Tat suspekt und nahe am Landesverrat erscheinen, wenn diese Wissenschaftler nach den gesellschaftlichen Ursachen der Kriege forschen und dann wie Krippendorff fordern:

„Wenn du den Frieden willst, verändere jene gesellschaftlichen Voraussetzungen, die bisher immer wieder zum Krieg geführt haben." (Einleitung zum Sammelband „Friedensforschung", S. 23.) Eine solche Fragestellung geht Springers „Welt" eindeutig zu weit: „Lenins Vorstellungen vom gerechten Krieg wirkt dabei ebenso nach wie die Idee vom Klassenkampf. Hier geht die Friedensforschung in Revolutionstheologie über" (3. 3. 70). Und Mechtersheimer: „Hier entpuppt sich Friedensforschung als Instrument einer sozialistischen Revolutionsstrategie" (a. a. O., S. 7).

IV.

Aus Angst, diese Forschungseinrichtung könnte sich durchsetzen und den Anteil der Profit- und Machtgier der Monopole an den Kriegsursachen entlarven, warnt die bürgerliche Presse, voran die FAZ, vor einer übereilten staatlichen Institutionalisierung der Friedensforschung. „Erst nach ein paar Jahren, wenn man klarer sieht, welche Forscher und Projekte ernst zu nehmen sind, sollten Bund und Länder ein besonderes Zentrum interdisziplinierter Friedensforschung in der Bundesrepublik

zu gründen suchen", denn ... „die Fehlinvestitionen wären viel größer und die personellen Konsequenzen viel ernster, wenn man vorzeitig ein Institut gründete und es mit den falschen Leuten besetzte" (10. 2. 70). Nebenbei sei bemerkt, daß Schütz forderte, dieses Institut nach Westberlin zu legen, um damit „unser politisches Wollen noch deutlicher zu machen" (zitiert nach „Die Tat", 7. 2. 70). Der Wissenschaftsrat hat sich in seinen Empfehlungen die Besorgnisse der Herrschenden zu eigen gemacht und darauf hingewiesen, „daß der gegenwärtige Stand der Friedensforschung und der Mangel an qualifizierten Friedensforschern es nicht erlauben, die Friedens- und Konfliktforschung in größerem Umfange durch Neugründungen von Forschungseinrichtungen zu institutionalisieren" (Pressedienst BMWF, 8. 7. 1970).

Die Monopolbourgeoisie befindet sich hier zweifellos in einer prekären Situation: Einerseits braucht sie für ihr strategisches Arsenal möglichst bald eine Konfliktforschung der erwähnten Ausrichtung. Andererseitis haben sich, infolge der verspäteten Hinwendung der Herrschenden und der überstaatlichen Organe auf die Friedensforschung bereits Zentren und Gruppen von Friedensforschern mit humanistisch-demokratischem Ansatz herausgebildet, die nicht ohne weiteres ausgeschaltet oder in das System integriert werden können. Die Bonner Regierung taktiert deshalb vorsichtig, wenngleich eindeutig. Ausgehend von der Regierungserklärung Brandts, die „zur Verfügung stehenden Kräfte zu koordinieren", schlägt der Wissenschaftsrat die Gründung einer Förderergesellschaft (Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung) vor. Ein „unabhängiges Kuratorium, dem Wissenschaftler aus dem Bereich der Friedensforschung, Vertreter der Förderergesellschaft und Vertreter des öffentlichen Lebens angehören sollen, hatte dabei die Aufgabe, Forschungsprioritäten zu formulieren und Empfehlungen an Bund, Länder und andere Geldgeber für die Höhe der Mittelvergabe auszusprechen (vgl. Pressedienst BMWF, 8. 7. 70).

Bisher ist die Struktur des Kuratoriums nicht bekannt. Die Erfahrung mit der Zusammensetzung von ähnlichen Institutionen im Bereich der Atom- und Weltraumforschung begründet jedoch den Verdacht, daß damit der beherrschende Einfluß von Konzern- und Staatsvertretern zementiert werden soll.

Noch deutlicher zeigt das System der Finanzierung, was von der von Brandt versprochenen „Unabhängigkeit" zu halten ist. Eine Kommission bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) soll über die bereitgestellten Sondermittel verfügen und die geförderten Arbeiten koordinieren (vgl. Pressedienst, 8. 7. 70). Zusammensetzung der Entscheidungsgremien sowie bisherige Förderungspraxis der DFG lassen keinen Zweifel, daß über die finanzielle Mittelvergabe, dem „klassischen Mittel der Steuerung" (Leussink, SZ-Interview, 10. 11. 69), die Friedensforschung in die von den Herrschenden gewünschte Richtung manipuliert werden soll.

Deshalb hat sich auch die bestehende Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK), der fast alle westdeutschen Friedensforscher angehören, gegen die Kontrolle durch die DFG ausgesprochen und eine unabhängige Finanzierung gefordert (vgl. FAZ, 4. 6. 70).

Die demokratischen Friedensforscher dürfen beim Protest nicht stehen bleiben, sondern müssen aktiv am Kampf gegen die Formierungsbestrebungen der Herrschenden teilnehmen. Ausgehend von der Fragestellung nach den gesellschaftlichen Ursachen von Krieg und Frieden kann ihr Wissenschaftsauftrag nur lauten, für eine Wissenschaft im Interesse der Arbeiterklasse als einer wahrhaft humanen und friedlichen Wissenschaft zu kämpfen.

Das erfordert auch die Teilnahme am allgemeinen Friedenskampf in der BRD. Die Unterstützung der psychologischen Kriegsvorbereitungen durch die reaktionäre Konfliktforschung steht in krassem Gegensatz zum Vertrag über Gewaltverzicht zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion. Durch Ratifizierung und Verwirklichung des Moskauer Vertrages muß in der BRD eine wirkliche Friedenspolitik eingeleitet und die Friedensforschung den Klauen der Kalten Krieger entrissen werden.

Universitäts- und Hochschuleinrichtungen zur Friedensforschung

Institut für Psychologie, Universität Marburg, Professor Theo Herrmann; Forschungsthemen: 1. Erziehung und Konfliktverhalten; 2. Konfliktausgleich in Gruppen.

Institut für internationale Konfliktforschung, Universität Marburg. Das Institut ist erst geplant.

Institut für Soziologie, Universität München, Professor Emerich Francis; For-

schungsthemen: Interethnische Beziehungen.
Psychologisches Institut, Ruhr-Universität Bochum, Professor Peter Schönbach; Forschungsthemen: Aggression.
Psychologisches Institut, Universität Erlangen/Nürnberg; Forschungsthemen: Konfliktverhalten; Urteile über Völker.
Institut für Politische Wissenschaft, Pädagogische Hochschule München, Lehrstuhl Professor Paul Noack; Forschungsthemen: Bestandsaufnahme der deutschen Friedensforschung.
Lehrstuhl für öffentliches Recht, Universität Regensburg, Professor Otto Kimminich; Forschungsthemen: Wandlungen des modernen Völkerrechts.
Lehrstuhl für Politische Wissenschaft, Universität Hamburg, Professor Hans-Peter Schwarz; Forschungsthemen: 1. Ost-West-Konflikt; 2. Atomwaffensperrvertrag.
Lehrstuhl für Politische Wissenschaft, Universität Mannheim, Professor Rudolf Wildemann; Forschungsthemen: 1. Simulationsversuche internationaler Konflikte; 2. Militärsoziologie; 3. Kriegsursachen.
Lehrstuhl für Psychologie, Universität Bonn, Professor A. M. Däumling; Forschungsthemen: Sensitivity-Training.

Lehrstuhl für Theorie und Soziologie der Politik, Universität Saarbrücken, Professor Karl Kaiser hat ein Gutachten zur Friedensforschung mit Bestandsaufnahme und Bibliographie im Auftrag der „Stiftung Volkswagenwerk" angefertigt.

Seminar für Politische Bildung, Universität Gießen, Professor Heinz Langerhans; Forschungsthemen: Theorie internationaler Konflikte.

Seminar für Politische Wissenschaft, Universität Bonn; Forschungsthemen: Umsetzung der Ergebnisse der Friedensforschung auf die Ebene allgemeiner Verständlichkeit.

Seminar für Wissenschaftliche Politik, Universität Tübingen; Forschungsthemen: 1. Friedenspolitik der Großen Koalition; 2. Sprachbereich Krieg – Frieden.

Sigmund-Freud-Institut, Universität Frankfurt, Professor Alexander Mitscherlich; Forschungsthemen: Aggression; Studenten – Gesellschaft.

(Nach Klaus Köhle / Eckhard Spannkraft „Institutionelle Schwerpunkte der Friedensforschung", in: „Politische Studien", München, H. 189, Januar/Februar 1970, S. 103–106.)

Dieser Artikel ist Teil einer Arbeit zum Thema „Forschung, Monopole, Leussink – zur Forschungspolitik der Bundesregierung", die Anfang 1971 als facit-Reihe oder Rote Korrespondenz extra erscheinen wird.

Nachtrag:

Wenige Tage nach der Drucklegung dieses Artikels wurde am 28. 10. 1970 in Bonn die „Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung e. V. " unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Heinemann gegründet. Über Zusammensetzung und Struktur ist der ‚Zeit' Nr. 44, vom 30. 10. 1970, zu entnehmen (auch die Zwischenkommentare stammen aus der ‚Zeit'):

Gründungsmitglieder

Die Gesellschaft ist ein gemeinnütziger Verein. Als Gründungsmitglieder gehören ihr an: der Bund, die elf Länder, der Bundesverband der Deutschen Industrie, die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, die Deutsche Bischofskonferenz, der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, der Zentralrat der Juden in Deutschland.

Organe der Gesellschaft

1. Vorstand: ein hauptamtlicher Geschäftsführer für fünf Jahre.

2. Das Kuratorium: Aufgabe des Kuratoriums ist es, allgemeine Richtlinien zu geben. Es besteht aus 32 Mitgliedern, zur Hälfte Vertreter des Bundes (2), der Länder (2), der nichtstaatlichen Gesellschaftler (7) sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (5), die auf Vorschlag der Parteien im Bundestag, vom Bundespräsidenten berufen werden. Die anderen 16 Mitglieder sind Wissenschaftler, die ebenfalls vom Bundespräsidenten in das Gremium geholt werden.

Das heißt: Diese Wissenschaftler können also nicht mehr demokratisch vom Konzil der Friedensforscher gewählt werden, wie es ursprünglich geplant war – sie werden nur noch vorgeschlagen. Es entsteht also eine Art Pour le merite für Friedensforschung.

Das Konzil

Es wird von 16 Wissenschaftlern gegründet, die gleichfalls vom Bundespräsidenten berufen werden, und zwar auf Grund einer umfangreichen Liste, die von den Professoren Kaiser und C. F. von Weizsäcker vorgelegt wird. Diese 16 Wissenschaftler können durch Kooperation noch andere Kollegen hinzuziehen. Das heißt: Auch hier fällt die Wahl weg. Kleine Gruppen können unkontrolliert Anhänger ins Konzil nachziehen.

4. Die Förderungskommission

Sie soll die Gelder forschungspolitisch verteilen „und auch neue Projekte initiieren", so Karl Kaiser. Dieses „Arbeitstier der neuen Friedensforschung" (so ein Sprecher des Wissenschaftsministeriums) „wird ganz eng an die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) angeschlossen." Die zwölf Mitglieder der Kommission, die sich „Kommission für die Förderung der Friedens- und Konfliktforschung bei der DFG nennt und in den Räumen der DFG arbeiten soll, werden nicht mehr gewählt, nur noch ernannt: sechs durch die Gesellschaft, sechs unmittelbar durch die DFG. „Außerdem soll das Verfahren der DFG bei der Auswahl der Projekte ausdrücklich angewandt werden", und vor allem: „Was bereits da ist, soll gefördert werden."
Das heißt: Es haben sich die schlimmsten Befürchtungen bestätigt.
Ergänzend sei folgende Meldung der „Welt" vom 29. 10. 1970 angeführt: „Die fünf (CDU-regierten) Bundesländer wünschen, daß die 16 Wissenschaftler, nachdem sie vom Bundespräsidenten berufen worden sind, sich nicht als ein eigenständiges Konzil selbst ergänzen können, sondern daß zum Beispiel die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Bundesländer und die Bundesregierung ein Vorschlagsrecht bei der Auswahl dieser Wissenschaftler haben."
„Süddeutsche Zeitung" vom 29. 10. 1970: „Leussink meinte zur Organisationsform der Gesellschaft, er kenne keine andere Förderungsgesellschaft, die den großen politischen und gesellschaftlichen Gruppen so betont Entscheidungsrechte und Raum für Initiativen gebe. ‚Hier wird Demokratie gewagt', sagte der Minister!" – Dem ist nichts hinzuzufügen!

facit Reihe 3

Revolutionäre
Strategie
und antiimperialistischer Kampf
in Westeuropa –

Karl Marx
und die inneren Widersprüche
des
modernen Imperialismus

von Prof. Dieter Klein

(3,– DM + Porto)

Spätkapitalismus ohne Perspektive

Tendenzen und Widersprüche des westdeutschen Imperialismus am Ende der sechziger Jahre, Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt 1970, 9,50 DM.

Dieses Buch, das Anfang 1970 in einer Übernahme aus dem Akademie Verlag Berlin auch in der Bundesrepublik publiziert wurde, darf wohl zu Recht als der umfassendste marxistische Beitrag zur Analyse des staatsmonopolistischen Systems in der Bundesrepublik seit „Imperialismus heute" bezeichnet werden. Die Autoren – in ihrer Mehrzahl Mitarbeiter des Deutschen Wirtschaftsinstitutes – haben es sich hier zur Aufgabe gemacht, „wesentlichen qualitativ neuen Tendenzen und Widersprüchen des westdeutschen staatsmonopolistischen Kapitalismus nachzugehen, die im Verlaufe der sechziger Jahre immer deutlicher zutage traten und auch in näherer Zukunft entscheidenden Einfluß auf seine Entwicklung ausüben werden" (S. 3). Obwohl die Redaktion der Beiträge Anfang 1969 abgeschlossen wurde, vermag das Buch – in Verwirklichung dieser Intention – den Marxisten in der BRD wesentliche Hinweise zum Verständnis der aktuellen politischen Auseinandersetzung zu geben, auch und gerade unter den Bedingungen des Übergangs der zentralen politischen Machtausübung an die Führungsgruppe der Sozialdemokratischen Partei. Trotzdem bleibt es im Hinblick auf die gegenwärtigen politisch-ideologischen Erfordernisse bedauerlich, daß eine detaillierte Analyse von Funktion und Infrastruktur der SPD im imperialistischen Herrschaftssystem unterlassen wurde, ein Versäumnis, das weder mit dem Hinweis auf das Erscheinungsdatum noch die Gesamtkonzeption der Schrift zu legitimieren ist; wird bei der Analyse des politischen Herrschaftssystems doch andererseits ein ganzes Kapitel auf die Betrachtung des „organisierten Neonazismus" verwendet.

Die Autoren konzentrieren sich methodisch – in in sich abgeschlossenen Einzelbeiträgen – auf wesentliche Grundtendenzen der jüngsten Entwicklung, in denen sich die Wechselbeziehung von Ökonomie und Politik besonders ausgeprägt widerspiegelt.

Den Ausgangspunkt bildet eine Untersuchung über den gegenwärtigen Stand der Systemauseinandersetzung zwischen den beiden antagonistischen Gesellschaftsordnungen auf deutschem Boden, Manifestation des zentralen Widerspruchs zwischen imperialistischem und sozialistischem Weltsystem auf internationaler Ebene. Prof. Lutz Maier, Autor des ersten Beitrages („Wer – wen? in Deutschland"), unterscheidet unter dem Aspekt der Einwirkung der DDR-Entwicklung auf die Klassenauseinandersetzungen in der Bundesrepublik zwei Etappen des Kampfes zwischen den beiden Systemen: Während in der ersten Phase (den vierziger und fünfziger Jahren) die prinzipiell neuen Errungenschaften der DDR in der Sicht weiter Kreise der Bevölkerung vor allem durch die wirtschaftlichen Aufbauschwierigkeiten überlagert wurden und daher obsolet bleiben mußten, wurde im Verlauf der sechziger Jahre ein Stadium erreicht, in dem die gesellschaftlich alternativen Qualitäten des sozialistischen Systems voll zum Ausdruck kommen können. Gleichzeitig wird die Frage nach der Bewältigung der perspektivischen gesellschaftlichen Aufgaben an Stelle des Problems der „Bewältigung der Vergangenheit" (d. h. der Überwindung des Faschismus) mehr und mehr zum objektiven Beurteilungskriterium für die Stellung der beiden deutschen Staaten in der Auseinandersetzung. Vor allem die erreichte Stabilität der sozialistischen Wirtschaftsordnung in der DDR bietet dabei die Garantie dafür, daß ihr progressiver Einfluß auf die innere Entwicklung der BRD in Zukunft wachsen wird. Sind daraus für die Marxisten in der Bundesrepublik wichtige Schlußfolgerungen für ihre propagandistische Arbeit zu ziehen, verdient auch ein anderer Hinweis Maiers Beachtung gerade für die aktuelle Argumentation der sozialistischen Kräfte. Im Hinblick auf den Kampf um die Anerkennung der DDR warnt der Autor ausdrücklich davor, „... Inhalt und Gesetzmäßigkeiten dieses Kampfes ... schlechthin mit seinen konkreten Erscheinungsformen gleichzusetzen" (S. 13). Das Wesen dieser Auseinandersetzung besteht aber schließlich im Ringen zwischen der Arbeiterklasse und dem Monopolkapital um die Führung der deutschen Nation.

In diesem Zusammenhang ist es besonders wichtig, wenn Maier auf den „innenpolitischen" Stellenwert der Anerkennungsfrage verweist, eine Seite, die bei uns häufig gegenüber der „außenpolitischen" vernachlässigt worden ist. Für die Bewertung dieser Problematik durch die westdeutsche Großbourgeoisie ist ein angeführtes Zitat aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung von 1968 interessant. Hier heißt es:

„Würden wir die ‚DDR' anerkennen, dann würde also proklamiert, daß es für unser Volk eine legitime Alternative zur freiheitlichen Demokratie gibt, die somit unter Umständen auch als Grundlage eines gesamtdeutschen Staates dienen kann. Das ist der wahre Grund, warum wir keinesfalls einen zweiten deutschen Staat legitimieren dürfen." (S. 17)

Unter der Überschrift „Expansion unter veränderten Bedingungen" werden im folgenden Kapitel die drei Hauptstoßrichtungen der expansiven Zielsetzungen des BRD-Imperialismus charakterisiert. (Sozialistische Länder, Westeuropäische Integration, Neokolonialistische Politik.)

Geht es in „westlicher Richtung" darum, die Hegemonie der BRD in einem mit den USA zwar eng kooperierenden, aber dennoch relativ selbständigen integrierten Westeuropa durchzusetzen, so drückt sich in der „Neuen Ostpolitik" die Absicht aus, „die einzelnen Länder (der sozialistischen Staatengemeinschaft) Schritt für Schritt auf dem Wege der ‚indirekten' Aggression vor allem durch ideologisch-politische Unterwanderung und durch den Einsatz des westdeutschen Wirtschaftspotentials aus dem sozialistischen Weltsystem herauszulösen" (S. 37). Dabei ist die Modifikation der Taktik gegenüber der roll-back-Politik der fünfziger Jahre selbst Ausdruck der zunehmend widersprüchlichen Tendenzen, denen sich der deutsche Imperialismus bei der Realisierung seiner Zielsetzungen seit Beginn der sechziger Jahre konfrontiert sieht. Sie sind insgesamt nicht nur durch die offensichtliche Erfolglosigkeit in bezug auf seine Intention gegenüber dem sozialistischen Lager charakterisiert, sondern auch durch die Tatsache, daß bestimmten Erfolgen auf außenwirtschaftlichem und währungspolitischem Gebiet die Stagnation bzw. der Rückgang des westdeutschen Anteils an der Gesamtproduktion der kapitalistischen Länder und vor allem – gemessen an den Anforderungen der nächsten Jahre – erhebliche wissenschaftlich-technische und infrastrukturelle Rückstände entgegenstehen. In den kommenden Jahren wird so die Stärkung des ökonomischen Potentials des BRD-Imperialismus mehr als je zuvor zum Angelpunkt seiner weiteren Entwicklung, wobei zu berücksichtigen ist, daß mit der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus die Sicherung des imperialistischen Gesamtsystems im Verhältnis zu den Zielen seiner einzelnen nationalen Glieder zunehmend an Relevanz gewinnt.

Im dritten Abschnitt des Buches untersucht Dr. Klaus Engelhardt die Haupttendenzen der rüstungswirtschaftlichen Konzeption des BRD-Imperialismus. Sie ist im wachsenden Maße durch den Ausbau der eigenen wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Ressourcen gekennzeichnet, wobei eine enge Integration mit den NATO-Partnern in der Produktion sowie in wissenschaftlich-technischer Hinsicht angestrebt wird. Konkreten Ausdruck finden diese Tendenzen in der sprunghaften Konzentration und Zentralisation des Rüstungskapitals und der Militarisierung der Forschung.

Der folgende Abschnitt über die „Wachstumsstrategie des westdeutschen Imperialismus und deren Widersprüche" untersucht die zunehmende Bedeutung des Wachstumsproblems in der gegenwärtigen Phase der kapitalistischen Entwicklung: Unter dem Aspekt der Systemauseinandersetzung Kapitalismus–Sozialismus liegen ihre Ursachen besonders in den Entwicklungsbedingungen der Produktivkräfte, wie sie sich in der wissenschaftlich-technischen Revolution ausdrücken, dem verschärften internationalen Konkurrenzkampf der Monopole und der politischen Notwendigkeit zur Domestikation offener sozialer Konflikte.

Im zweiten Teil des Abschnitts werden Inhalt, Möglichkeiten und Grenzen staatsmonopolistischer Wachstumspolitik untersucht. Wichtig – auch für die Strategieüberlegungen der demokratischen und sozialistischen Kräfte – erscheint dabei die Herausarbeitung des ambivalenten Charakters staatsmonopolistischer Entwicklungsmaßnahmen, wie es hier am Beispiel der wirtschaftlichen Globalsteuerung geschieht. Es ergibt sich für die Vertreter des Monopolkapitals daraus, „daß sie heute in zunehmendem Maße zu Regulierungsinstrumenten Zuflucht nehmen müssen, die

ihrer Form nach weit über die kapitalistische Gesellschaftsordnung hinausweisen und die, mit einem anderen Inhalt erfüllt, tatsächlich für den antimonopolistischen Kampf ausgenutzt werden können" (S. 135). Ein weiterer Grund, der im Interesse der Monopole eine zu starke staatliche Reglementierung der Ökonomie problematisch werden läßt, muß in den aktuellen Widerspruchsmöglichkeiten zwischen „kurzfristigem" Profitinteresse des Einzelkapitalisten und den langfristigen Gesamtinteressen der herrschenden Klasse gesehen werden.

Der fünfte Abschnitt des Buches vermittelt einen Einblick in die Entwicklung monopolistischer Machtkonzentration in der BRD im Verlaufe der letzten Jahre, unter spezieller Berücksichtigung der Wechselwirkung zwischen wissenschaftlich-technischer Entwicklung und Konzentration.

Das folgende Kapitel ist den Entwicklungstendenzen der sozialökonomischen Situation der westdeutschen Arbeiterklasse und den daraus resultierenden veränderten Aufgaben gewerkschaftlichen Kampfes gewidmet.

Untersucht werden zunächst die Folgen kapitalistisch programmierter wissenschaftlich-technischer Revolution als potentielle Faktoren für die Freisetzung von Arbeitskräften:

„Es verstärkt sich die Gefahr, daß es trotz steigender Nachfrage nach hochqualifizierten und -spezialisierten Arbeitskräften ... in der Perspektive, besonders bei einer neuen Wirtschaftskrise, zu einer zunehmenden Zahl solcher Arbeitslosen kommt, deren Arbeitskraft infolge des kapitalistisch angewandten wissenschaftlich-technischen Fortschritts nicht mehr verwertbar ist." (S. 195)

Obwohl das Monopolkapital auf Grund der Brisanz der Systemauseinandersetzung in Zukunft zunehmend gezwungen sein wird, Arbeitslosigkeit in politisch vertretbaren Grenzen zu halten, wird eine „geplante" Arbeitslosigkeit mehr und mehr ihre Ursachen in durch die wissenschaftlich-technische Revolution bedingten Strukturveränderungen haben, während der Faktor zyklischer Schwankungen für die Bildung einer Reservearmee an Bedeutung abnehmen wird.

Die Autoren kommen zu dem Schluß, daß es für eine effiziente gewerkschaftliche Strategie, welche die zentralisierte staatsmonopolistische Regulierungspolitik wirksam beantworten will, unabdingbare Voraussetzung wird, die staatlich-politische Ebene in den Kampf um Gegenmachtpositionen mit einzubeziehen.

Einer der interessantesten Beiträge des Buches stellt der von Dr. Kurt Schumacher (DWI) verfaßte Artikel über „Neue Funktionen des Staates bei der Regulierung der Klassenbeziehungen" dar. Schumacher bezeichnet die bisherigen Maßnahmen politischer Formierung in der BRD „als Ausgangspunkt für die in den siebziger Jahren zu lösenden Aufgaben bei der Schaffung eines der staatsmonopolistischen Herrschaft immanenten politischen Systems". (S. 225)

Eine zentrale Stabilisierungsfunktion wird dabei den Gewerkschaften als Regulierungsfaktor staatsmonopolistischer Konfliktdomestikation zugewiesen. Allgemein formuliert Schumacher die These, daß

„mit der völligen Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, als einer relativ selbständigen Entwicklungsetappe des Imperialismus, (...) eine breite relativ dauerhafte und wirksame Bindung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen an das System (sich) nur durch den Staat unmittelbar mit den ihm gemäßen Integrationsmethoden einer staatlich-rechtlichen Regulierung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit erreichen (läßt)".

Abschnitt VIII des Buches („Der organisierte Neonazismus und die politische Entwicklung der Bundesrepublik") beschäftigt sich zunächst mit veränderten Quellen und Triebkräften des Neonazismus in der BRD der sechziger Jahre. Die Autoren werten das Erstarken des organisierten Neonazismus in Form der NPD seit 1966 als Ausdruck der „neuen Entwicklungsphase des staatsmonopolistischen Kapitalismus".

1. Die Mißerfolge der Politik der Stärke bewirken erhebliche Differenzen innerhalb des reaktionären Lagers der deutschen Bourgeoisie. Darauf reagieren die herrschenden Kreise mit der Aktivierung nationalistischer und chauvinistischer Ideologien.

2. Die Verschärfung der Widersprüche zwischen den imperialisitschen Staaten.

3. Die aktualisierten Krisenerscheinungen des deutschen Kapitalismus führen zu einer beschleunigten Polarisierung der Klassenkräfte.

Der Charakterisierung der NPD als Reservoir und rechter Integrationsfaktor der CDU/CSU folgt eine Prognose, die sich durch die Entwicklung seit den Bundestagswahlen 1969 verifiziert zu haben scheint: daß die CDU/CSU längerfristig

selbst zum Sammelbecken und zur Dachorganisation aller reaktionären Kräfte umgestaltet wird.

Im IX. Abschnitt des Buches untersuchen die Autoren die Bemühungen des Monopolkapitals und seiner Ideologen, ein „der Expansionsphase adäquates ideologisches Gesellschaftsleitbild" (zu schaffen), das „für den westdeutschen Imperialismus zu einer elementaren Voraussetzung für höhere Leistungsfähigkeit im Wettbewerb der Gesellschaftssysteme" (wird). (S. 276) Die Autoren verfolgen ideologiegeschichtlich den Wandel vom Leitbild der „freien und sozialen Marktwirtschaft" (in der Restaurationsphase) zur Industriegesellschafts- und Konvergenztheorie und der Schaffung eines neuen Leitbildes der „Leistungsgesellschaft".

„Die der Profitproduktion entsprechende rationale und planmäßige Leitung der Monopole mit ihren vielfältigen Kommandoebenen, Verflechtungen und Abhängigkeiten wird zum Modell menschlicher Beziehungen im Produktionsprozeß erklärt, die damit sachbedingt erscheinen. Gleichzeitig wird der von der Entwicklung der Technik ausgehende Zwang zur Rationalität, zum Handeln nach Sachzwängen, zur Ein- und Unterordnung, zur Arbeitsteilung und Zusammenarbeit von den Eigentumsverhältnissen gelöst und einseitig in den Vordergrund gerückt." (S. 300)

Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit der Frage nach dem Demokratie- und Machtverhältnis im gesellschaftspolitischen Denken der demokratischen Kräfte.

Vor allem für die Phase der relativen Fortgeschrittenheit der westdeutschen Studenten- und Intellektuellenbewegung wird richtig das Fehlen eines einheitlichen Gesellschaftsbildes der antiimperialistischen Kräfte herausgestellt, wobei sich kritische Denkansätze wesentlich als Elemente einer antiimperialistischen staats- und gesellschaftspolitischen Ideologie herausgebildet haben, ohne daß Verabsolutierungen vermieden wurden. Die Autoren stellen fest, daß die Herstellung eines klaren Verhältnisses zur Kommunistischen Weltbewegung, insbesondere zur Politik und Entwicklung der DDR, eine entscheidende Voraussetzung für die Lösung der gesellschaftlichen Hauptfragen der westdeutschen Arbeiterklasse ist.

Hingegen bringen die „Ablehnung ‚jeder' Macht und verschwommene Demokratieauffassungen (...) sowohl die antiimperialistischen Kräfte der jungen Intelligenz als auch die reformistischen Kräfte in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften in unmittelbare Nachbarschaft zur imperialistischen Totalitarismusdoktrin und Verleumdung des Sozialismus. Die Suche nach einem ‚dritten Weg' im internationalen Klassenkampf zwischen Sozialismus und Imperialismus führt auf eine Position, die die Aktionseinheit der Arbeiterklasse schwächt, damit die eigenen Kampfpositionen gegen das westdeutsche Großkapital unterminiert und Wasser auf die Mühlen der imperialistischen Ideologie, Propaganda und praktischen Innen- und Außenpolitik leitet." (S. 327)

Im X. Abschnitt des Buches werden schließlich Zielsetzungen und Funktion der bürgerlichen Gesellschaftsprognose im staatsmonopolistischen System der BRD untersucht. Als Basis langfristiger Entscheidungsplanung und Instrument der Manipulation wird die Welt in der Gesellschaftsprognose „modellartig so vorgezeichnet, wie sie sich nach den Vorstellungen der westdeutschen Finanzoligarchie entwickeln soll. Damit verfolgt man den Zweck, konkrete Richtpunkte zu setzen, feste Überzeugungen herauszubilden, wodurch letztlich das Handeln der Menschen in bestimmte, vorgebildete Bahnen gelenkt werden soll". (S. 365)

Wichtig, besonders als Aufgabenstellung der marxistischen Intelligenz in der BRD, erscheint der Hinweis, daß es für die Stärkung der Positionen der Arbeiterklasse gilt, „das Instrument der Prognose nicht den Monopolisten zu überlassen, sondern dieses Mittel gegen sie zu verwenden". (S. 386)

Im abschließenden Kapitel versucht Gerd Maurischat, einen Ausblick auf den Verlauf der Hauptentwicklungslinien des deutschen Imperialismus in den siebziger Jahren zu geben, und formuliert zentrale Aufgabenstellungen für die demokratische und sozialistische Bewegung in der BRD:

1. „Alle Tendenzen der ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklung drängen danach, den Tageskampf um die unmittelbaren Interessen der Werktätigen eng mit dem Kampf um die Zurückdrängung und schließliche Überwindung der Monopole zu verbinden." (S. 406)

2. Ein wesentlicher Faktor für die Überwindung der Schwäche der westdeutschen Arbeiterbewegung wird in der Entwicklung der Organisiertheit des Kampfes liegen.

3. Muß die Erkenntnis verbreitet und realisiert werden, „daß sich jeder Kampf um demokratische Veränderungen vor dem Hintergrund der Systemauseinanderset-

zung Sozialismus–Imperialismus vollzieht und daher letztlich nur im Bündnis mit den Kräften des wissenschaftlichen Sozialismus – vor allem in Gestalt des sozialistischen deutschen Staates – erfolgreich sein kann". (S. 407)
Wenn es in den marxistischen Studentengruppen – nach ihrem starken quantitativen Wachstum aus den Trümmern des selbst liquidierten SDS – nun vorrangig darum geht, das theoretische Potential zu stärken und die politisch-ideologische Einheit als Voraussetzung jeder Masseninitiative zu festigen und damit die Basis für einen marxistischen Studentenverband zu schaffen, sollte dieses Buch Bestandteil systematischer Schulungsarbeit und aktueller Diskussion werden. Es ist nicht zuletzt manifester Beweis der Überlegenheit des Marxismus-Leninismus in der Analyse gesellschaftlicher Entwicklungen und der Überwindung dogmatischer Tendenzen in der marxistischen Diskussion und verweist alle hilflosen Versuche, mittels philologistischer Marx-Exegesen und fernöstlicher Zitatensammlungen die wissenschaftliche Untersuchung des Spätkapitalismus zu ersetzen, auf den großen papiernen Schutthaufen, der „Antirevisionisten" und „Neoreformisten" von der Erkenntnis der Gegenwart und ihrer progressiven Bewältigung trennt.

Chr. K. Kievenheim

Neuerscheinung_facit_Reihe 5

Internationaler Klassenkampf

180 Seiten DM 5,–

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort

Ota Lev
Lohnarbeit in Afrika: Erbe des Kolonialismus und Entwicklungsperspektive
Jean Suret-Canale
Stämme, Klassen und Nationen in Tropisch-Afrika
Pierre Gensous
Forum der Gewerkschaften Afrikas und Europas
Tunji Otegbeye
Die nationale Frage und die Einheit Nigerias
Abdel Khalek Mahjoub
Die Revolution vom 25. Mai im Sudan
Rostislaw Uljanowski
Zu einigen Fragen der nichtkapitalistischen Entwicklung afro-asiatischer Länder
Aus der Zeitschrift „Al Talia"
Fragen der sozialökonomischen Entwicklung der VAR
Georges Batal
Für eine kommunistische Kampf- und Massenpartei im Libanon
J. Enaruacion Pérez
Mexiko: Studentenbewegung und Verteidigung der Demokratie
Narayana Kalyana Krishnan
Zu den politischen Ereignissen in Indien
C. Unni Raja
Interesse für den Marxismus in Indien
Sch. Nazagdorsh
Über die Wege der Umgestaltung der Agrarverhältnisse in der Mongolei
Longino Becerra
Charakter und Inhalt des revolutionären Prozesses in Lateinamerika
Francisco Mieres
Besonderheiten der ökonomischen Entwicklung und der rev. Prozeß in den Ländern Lateinamerikas
Probleme der wirtschaftlichen Integration Lateinamerikas und die Arbeiterklasse
Jose Cadematori
Lateinamerikas wirtschaftliche Integration und die Position der Arbeiterklasse
Julio Laborde
Für Bürgerfreiheiten in Argentinien
Julio Laborde
Das argentinische Volk kämpft gegen die Militärdiktatur
Teodosio Varela
Die wirtschaftliche Integration Lateinamerikas und Probleme Kolumbiens
Cheddi Jagon
Gegenwart und Zukunft Guayanas
Manuel Cepeda
Zehnter Jahrestag der Kubanischen Revolution

facit *Rote Korrespondenz Lieferbare Titel*

facit Nr. 9 („Karl Marx in Köln in der Revolution von 1948/49" von Prof. Dr. Karl Obermann; Der Kardinal oder die Sympathie der Ideologie) 0,50 DM.

facit Nr. 13/14 („Revolution in Frankreich? – Was ist heute revolutionär?" von Prof. Dr Dieter Klein; Liberalisierung oder Demokratisierung? – Zur Entwicklung der Tschechoslowakei; u. a.) 1,– DM.

facit Nr. 15 („Arbeiterjugend und Studenten im spanischen Klassenkampf" von Juan Diz, KP Spaniens; Strategie und Rüstung in der Bundeswehr; „Analytische Voraussetzungen für eine antimonopolistische Hochschulpolitik" von Elmar Bernhard und Reinhard Schweisher; u. a.) 1,– DM.

facit Nr. 16 („Aktion ohne Vermittlung" von Martin Walser; „Zur Situation der Gewerkschaften im staatsmonopolistischen Kapitalismus" von Christof K. Kievenheim; „Ein Beispiel: Hermann Josef Abs – Bankier und Politiker" von Eberhard Czichon; u. a.) 1,– DM.

facit Nr. 17 („Die Menschen machen ihre Geschichte selbst" von Prof. Dr. Manfred Buhr; Die dritte Hochschulreform in der DDR als Beispiel fortschrittlicher Bildungspolitik; u. a.) 1,– DM.

facit Nr. 18 („Intelligenz und Arbeiterklasse": „Wissenschaftlich-technische Revolution und die Theorie der ‚neuen Arbeiterklasse'" von Frank Deppe, Hellmuth Lange, Lothar Peter; „Zur Ideologie und Organisation der technischen Intelligenz in der BRD" von Christof K. Kievenheim; „Aufbruch der ‚Vorproletarier – Zur Soziologie der Studenten" von Hellmut Hesselbarth; „Falsch programmiert – Wissenschaftlich-technische Revolution im Kapitalismus" von Oskar Neumann; u. a.) 1,– DM

facit Nr. 19 („Leninismus heute": „Lenin und die westdeutsche Schulphilosophie" von Gerhard Fisch, Wanja Heiseler, Angelika Schütte; „Marx versus Lenin?" von Gerhard Bessau; „Zur Einschätzung linksradikaler Gruppierungen in der Studentenbewegung" von Johanna Hund; „Staat und Absterben des Staates in der DDR"; „Systemauseinandersetzung im nachfaschistischen Deutschland" von Kurt Steinhaus; „Zu einigen Fragen des antiimperialistischen Kampfes heute" von Gunnar Matthiessen) 1,– DM

facit Nr. 20 („Parteien in BRD") 1,– DM

facit aktuell 3 („SDS in Sofia" – Dokumentation zur zweiten Spaltung des SDS) 1,– DM

facit-Reihe 3 („Revolutionäre Strategie und antiimperialistischer Kampf in Westeuropa – Karl Marx und die inneren Widersprüche des modernen Imperialismus" von Prof. Dr Dieter Klein) 3,– DM.

facit-Reihe 4 („Proletariat und Kunst") (vgl. Werbung auf S. 33) 120 Seiten, 4,– DM.

facit-Reihe 5 („Internationaler Klassenkampf") 180 Seiten, 5,– DM.

Rote Korrespondenz – SPARTAKUS Assoziation Marxistischer Studenten (erscheint unregelmäßig). Soeben erschienen Nr. 10.

Rote Korrespondenz extra 1 („Produktivkraft Wissenschaft"), 2. erweiterte Auflage, 2,– DM.

Rote Korrespondenz extra 7 (Futurologie – Zur wissenschaftlichen Gesellschaftsprognose spätkapitalistischer Entwicklungen – Kritisches zur bürgerlichen Futurologie" von Prof. Dr. Dieter Klein) 2,50 DM

Rote Korrespondenz extra 9 („Woran starb der SDS? Das Dilemma der Antiautoritären und die Konsequenzen marxistischer Studenten") 1,50 DM

Rote Drucke: „Arbeiterklasse gegen Faschismus" von Georgi Dimitroff (Taschenbuch, 112 Seiten) 3,50 DM

Alle Bestellungen an:
Werbe- und Literatur-Vertriebs-GmbH, 2350 Neumünster, Wendenstraße 4 a, Postfach 470.

UZ. Marx schreibt mit!

Manchmal auch Engels. Häufig übrigens Lenin. Um nur einige wenige Köpfe zu nennen, die für unsere Zeitung arbeiten.

Also steht der Kapitalismus in jeder Nummer vor dem Röntgenschirm. Die Befunde stehen in der UZ. Also wird der Imperialismus in jeder Nummer durchleuchtet. Auch diese Befunde stehen in der UZ. Und was in den Betrieben los ist, in den Schulen und Universitäten, steht ebenfalls in der UZ. Übrigens auch, warum einiges los ist. Denn das ist noch wichtiger. Und schließlich: Arbeiter, Schüler und Studenten schreiben selbst in der UZ.

unsere zeit
UZ
sozialistische volkszeitung

BESTELLSCHEIN

☐ Hiermit bestelle ich die UZ – Unsere Zeit zum vierteljährlichen Bezugspreis von 6,50 DM für 6 Monate

☐ Ich bitte um kostenlose Zusendung eines Probeexemplares

.....
(Unterschrift)

.....
(Name)

.....
(Vorname)

( ) .....
(Wohnort)

.....
(Straße u. Hausnummer)

absenden an
Dr. Wenzel-Verlag GmbH
A 60 – Abteilung 41
Duisburg-Beeck
Pothmannstr. 12